Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40 vom 7. Oktober 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Zensur

Bundeskanzler Kohl hat schon vor vielen Monaten die unbedingte Treue zur NATO als „Kernpunkt deutscher Staatsräson" bezeichnet. Diesem Grundsatz folgend, hat in diesem Lande und schon gar in der von Kohl geführten Partei niemand mehr Ruhe, der die NATO-Politik ankratzt, jedenfalls nicht, wenn man von einem solchen Verhalten Auswirkungen auf die öffentliche Meinung befürchten muß.

Das bekam jetzt in aller Deutlichkeit das CDU-Mitglied Franz Alt zu spüren. Franz Alt hat bei der ARD die Sendung „Report" moderiert — bis zum 4. Oktober. Jetzt ist er weg vom Fenster, hat Auftrittsverbot in dieser Sendung, bekam einen Maulkorb verpaßt — ein zum Himmel schreiender Fall politischer Zensur.

Die Begründung für diese Maßnahme: „Seine starke Parteinahme für die Friedensbewegung und gegen den NATO-Doppelbeschluß gewährleisten gegenwärtig nicht mehr die satzungsgemäß festgelegte Ausgewogenheit". So hieß es beim Südwestfunk Baden-Baden.

Wer für die Friedensbewegung Partei nimmt, ist ganz offensichtlich in der CDU in der falschen Partei. (Auch wenn das dem Franz Alt noch nicht öffentlich gesagt wird.) Und im Deutschen Fernsehen fehl am Platze. Werbung für den Frieden ist nicht gefragt, sie wird verfolgt. Wer sich nicht als Sprachrohr der Regierung benutzen läßt, wer Bücher für den Frieden schreibt, wer sich gar in einem Streitgespräch mit dem CDU-Generalsekretär und „Propagandaminister" Goebb... Geibs... Geißler, richtig, so war der Name, dazu hinreißen läßt, einseitige Abrüstungsschritte des Westens zu befürworten, der gilt nicht mehr als ausgewogen, der ist ein zu schweres Gewicht auf der falschen Seite, der gefährdet den „inneren Frieden", den die Regierung so dringend braucht, um ungestört den Krieg vorbereiten zu können. Ihr propagandistisches Lügengebäude, mit dem sie um Unterstützung für ihre Rüstungspolitik und ihre NATO-Treue wirbt, wird durch das freie Wort bereits gefährdet.

Solidarität mit dem CDU-Mann Franz Alt gegen den Fortschritt der politischen Zensur ist von jedem Demokraten gefordert.

Kündigung der Manteltarifverträge:

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Einstimmig haben die Großen Tarifkommissionen der IG Metall in der letzten Woche die Kündigung der geltenden Manteltarifverträge zum Ende dieses Jahres beschlossen. Damit ist faktisch der Kampf für die 35-Stunden-Woche noch vor dem Gewerkschaftstag der IG Metall „offiziell" eingeleitet worden. Eine Forderung, die auf massivsten Widerstand der Kapitalisten dieses Landes trifft, die sehr genau wissen, daß die Erfüllung dieser Forderung ihre Profite beschneiden wird.

Ein Kampf, der nicht nur auf den entschiedenen Widerstand der Kapitalisten und ihrer politischen Parteien stoßen wird, sondern der auch innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes jene Gewerkschaftsführer als Gegner hat, die in ihren Organisationen bereits vorher andere, alternative Forderungen durchgesetzt haben, und so der IG Metall in den Rücken gefallen sind.

Drei Argumente sind der Kern der Begründung für die Einführung der 35-Stunden-Woche sind drei Argumente. Zum einen, daß dadurch, je nach Berechnung aber auf jeden Fall weit mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen würden, was eine entscheidende Milderung des Problems der Massenarbeitslosigkeit darstellen würde.

Zum zweiten die Verkürzung der Wochenarbeitszeit als auch ein Riegel für die von den Unternehmern stets geforderte Mehrarbeit — fast drei Milliarden Überstunden über die Regelarbeitszeit hinaus im letzten Jahr, das muß ebenfalls eingeengt werden, das wäre eine weitere Quelle für neue Arbeitsplätze und der Kampf gegen Überstunden, ein schwieriges Kapitel, wurde ja auch in verschiedenen Bereichen bereits aufgenommen. Und zum dritten einfach die Tatsache, daß der Streß durch die ständige Rationalisierung, den es so oder so gibt, weil es die Profitlogik des Kapitals fordert, einfach abgebaut werden muß.

Die Unternehmerpropaganda versucht nun den Faden von daher aufzurollen, daß die Erfüllung dieser Forderung einfach weitere Arbeitslose schaffen würde, da es so und so viele Betriebe in die Pleite führen würde usw.

Investitionen würden dadurch verhindert, kurz: ein Umkehrprozeß zum angeblichen Aufschwung würde eingeleitet. Ein Umkehrprozeß wäre es in der Tat in gewisser Weise. Insofern nämlich, als die Arbeiterschaft ihre Position und ihre Lebenslage verbessern würde. Aber das steht im krassen Gegensatz zur gesamten Bonner Wendepolitik und ihren kapitalistischen Hintermännern.

Was die Finanzierung angeht, so ist eindeutig: Nicht n ur die Tresore der Großaktionäre platzen vor Geld, nicht nur die Finanzgruppen, die mit den Großbanken und Großkonzernen jonglieren, bereichern sich schamlos. Auch von den vielen kleineren Unternehmern ist noch kaum einmal einer bei einer Pleite wirklich arm geworden. Und wenn, sollen sie das unter ihresgleichen ausmachen. Was Kleinbetriebe betrifft, die dadurch vielleicht tatsächlich in die Verlustzone geraten würden, so gibt es bei allen Kapitalistenverbänden Verbandskassen ...

Die Propagandaflut der Kapitalisten hat schon frühzeitig eingesetzt, jetzt beginnt auch die IG Metall damit, Aufklärungsarbeit zu leisten. Der Kampf der Metallarbeiter für dieses Ziel der 35-Stunden-Woche und zwar, um effektiv zu werden eben bei vollem Lohn- und Personalausgleich, braucht die Unterstützung aller, auch aller derjenigen Kräfte, die mit den Arbeitern in dieser Gesellschaft halten. Die Mitglieder unserer Partei jedenfalls sind aufgerufen, diesen Kampf nach Kräften zu unterstützen, und unsere gesamte Leserschaft sollte dies auch tun.



Die Bonner Großdemonstration der Stahlarbeiter

Ein wichtiger Auftakt für den weiteren Kampf

Was immer auch über den Ablauf der Bonner Demonstration zu sagen ist, eines bleibt daran die Hauptsache: Daß bei der ersten zentralen Aktion der IG Metall rund gesprochen die Hälfte aller Stahlbeschäftigten (denn die Werftarbeiter waren nun mal nicht so viele) sich beteiligte. Das ist in der Tat genau das, was alle kämpferischen Kräfte, welcher politischen Richtung auch immer, von dieser Demonstration erwartet hatten. Daß es eine eindeutige Willenskundgebung der Beschäftigten wird.

Ein wichtiger Auftakt für den weiteren Kampf in dem Sinne, daß es sich dabei um einen Kampf handelt, der in der Tat mit Erfolgsaussicht nur bundesweit zu führen ist. Viele Belegschaften in fast allen Werken der Stahlbranche haben bereits in den vergangenen Jahren ihre jeweilige Bereitschaft zum Widerstand gegen die Kahlschlagpläne gezeigt. Oft genug wurde der Versuch gemacht, sie gegeneinander auszuspielen. Seit dieser Demonstration ist dieser Kampf einen Schritt weiter in der Frage, daß er gemeinsam geführt werden muß.

Wobei natürlich die auch in Bonn stark vertretene und von der IGM-Führung nach wie vor wie ein „rohes Ei" behandelte Forderung nach Verstaatlichung der gesamten Branche der Mittelpunkt eines solchen Kampfes werden muß, wenn er eine Perspektive haben soll.

Mit dieser Demonstration und den Erfahrungen der Werftbesetzungen im Rücken wird die nächste Runde im Kampf gegen das Moderatorenkonzept, das ja nach wie vor trotz aller öffentlichen Funkstille befolgt wird, auszutragen sein. Denn diese Runde hat schon mit den neuerlichen Plänen gegen die Belegschaften von Peine, von Arbed und auch Hoesch begonnen.

In einer Stadt wie Dortmund gibt es für einen entschiedenen Kampf gegen die Kahlschlagpläne des Kapitals bessere Voraussetzungen, als es sie beispielsweise in Hamburg gab. Nicht nur, weil die Existenz des Betriebes für verschiedenste gesellschaftliche Klassen der Stadt von grundlegender Bedeutung ist. Sondern auch weil bereits in der Vergangenheit, darauf aufbauend, die IG Metall und verschiedenste politische Kräfte bereits eine breite Solidaritätsfront aufgebaut haben. Weil die Grundlagen klarer dafür sind, politischen Druck zu machen.

Und weil auf solchen Grundlagen die Kampfbereitschaft der Belegschaften besser zum Wirken kommt. In anderen Stahlstandorten ist dies ähnlich, wenn auch vielleicht nicht so weit fortgeschritten.

1./2.10. in Fallingbostel:

CDU sichert Durchführung des NPD-Parteitages

Er werde genügend Polizei aufbieten, um der NPD die Durchführung ihres Bundesparteitages am 1. und 2. Oktober in Fallingbostel-Adolfsheide zu sichern, hatte Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff angekündigt. Er hielt Wort: den etwa 2000 antifaschistischen Demonstranten standen vor der Heidmarkhalle auch ungefähr 2000 Polizisten gegenüber, die mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und scharfen Hunden den Faschisten den Weg freimachten.

Die Stadt Fallingbostel hatte der Nazi-Partei die Halle zur Verfügung gestellt mit dem Hinweis, es handele sich hier um eine legale Partei — da könne man nichts machen. Nur: Den Veranstaltern einer Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Niedersachsen 1933—1945" wurde die Halle wegen „Einseitigkeit" verweigert...

Die CDU selbst kam dann gar nicht mehr mit dem üblichen bedauernden Achselzucken. Auf ein Ersuchen des DGB, sich an einer antifaschistischen Kundgebung in Bergen-Belsen zu beteiligen, reagierte sie ablehnend — sie könne nicht einen Aufruf unterstützen, in dem die NPD als neonazistisch und antidemokratisch bezeichnet wird. Gestrichen haben wollte sie auch den Hinweis auf die Tatsache, daß die NPD Haß gegen ausländische Arbeiter schürt. Das war ihr wohl bei einem vergleichenden Blick auf die eigene Parteipolitik zu brisant...

Nicht, daß das Niederknüppeln von Anti-NPD-Demonstranten eine CDU-eigene Sache wäre. SPD-Innenminister wie Nordrhein-Westfalens Schnoor tun das auch, wie unlängst beweisen. Eine offene Inschutznahme der Politik der NPD aber wie in Niedersachsen blieb bisher der CDU vorbehalten. Außerdem findet die Forderung nach dem NPD-Verbot auch in und im Umkreis der SPD immer mehr Anhänger.

Sie wurde am 1.10. natürlich vor der Halle erhoben, von denen, die am Ort des Geschehens demonstrierten und dem brutalen Zugriff der Polizei ausgesetzt waren; viele von ihnen wurden verhaftet und/oder zum Teil schwer verletzt. Sie wurde auch erhoben in Bergen-Belsen, dem Kundgebungsort, an dem der DGB festgehalten hatte, obwohl etliche Gewerkschafter und Gewerkschaftsorganisationen wie übrigens auch die SPD Fallingbostel vor der Halle selbst demonstrieren wollten und dann auch demonstrierten. Ilse Brusis bezeichnete in Bergen-Belsen die Nazis als Kräfte, die der politischen Reaktion als Reserve „für alle Fälle" dienen. Die Geschichte lehre auch, daß es einen Zusammenhang gebe zwischen Faschismus, Krieg und Industrie.

Es gilt, alle Kräfte im Kampf gegen Reaktion und Faschismus zusammenzubringen!

Aus der Stellungnahme der Ortsgruppe Bremen der KPD zum Wahlausgang in der Hansestadt

„...muß eine klare Ausrichtung auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erfolgen"

Am 28. September verbreitete die Ortsgruppe Bremen der KPD eine erste, teilweise durchaus vorläufige, Stellungnahme zum Ausgang der Bremer Landtagswahl. Aus diesem relativ kurzen Papier wollen wir im folgenden einige Auszüge wiedergeben.

Zum Wahlergebnis der BAL selbst schreiben die Bremer Genossen: „Sicherlich haben die Mitglieder/Wähler der BAL mit einem zahlenmäßig besseren Abschneiden gerechnet. Zumal bereits 1979 AL und DKP zusammen 2,2 Prozent der Stimmen erhielten." Zur Erinnerung: Die BAL erzielte diesmal knapp über 1,3 Prozent.

Als politische Ursache geben die Bremer Genossen vor allem zwei Faktoren an:

„Das Wahlergebnis der Bremer Arbeiterstadtteile zeigt, daß es der BAL nicht gelungen ist, nennenswerte Einbrüche in die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu erzielen."

Als Begründung dafür werden folgende Tatsachen genannt:

„Die inhaltlichen politischen Positionen der BAL und des BAB (Betriebliches alternatives Bündnis, Red.) haben (noch) nicht die Wirkung gehabt, das Wahlverhalten der Arbeiter bei dieser Wahl sichtbar nach links zu verändern. ‚Mit dem kleineren Übel gegen die Wende', das war in Kurzform die Haltung vieler Bremer Arbeiter bei dieser Wahl. Hinzu kommt die Zuspitzung der Werftenkrise und die Rolle Koschnicks: Klar ist wohl, daß sich die Haltung der AG-Weser-Belegschaft nicht auf die übrige Bremer Arbeiterschaft ausgedehnt hat. Dies aber war mindestens teilweise erwartet worden. Es ist wohl eher so, daß die Attacken der AG-Weser-Belegschaft auf den Bürgermeister in weiten Kreisen als überzogen und ungerechtfertigt gesehen wurden (Mitleidseffekt), wobei man anerkennen muß, daß an dieser Überlegung ja auch was dran ist: Es sind natürlich zunächst einmal die Kapitalisten, die ihr Kapital aus den Werften ziehen (Krupp, Thyssen-B.) und die Betriebe schließen wollen."

Als zweiten Faktor führen die Bremer Genossen in ihrer Stellungnahme die Reaktionen im Potential der Protestwähler an:

„Das Potential der Protestwähler macht in Bremen gut 10 Prozent aus. Hier ist es der BAL nicht gelungen, entscheidende Stimmenanteile zu gewinnen. Ein nicht unwesentlicher Teil der BAL-Sympathisanten muß schließlich ebenfalls Grün gewählt haben, um wenigstens einer der Protestgruppierungen in die Bürgerschaft zu verhelfen. Und das war nach Lage der Dinge oder besser gesagt nach der Pro-Grün-Kampagne der Medien eben die Bundesgrüne Partei. So ist das Potential der BAL in den kleinbürgerlichen Protestschichten auf einen politischen Kern beschränkt geblieben, der dazu noch in Kreise hineinragt, die sowieso was gegen die ganze Wählerei haben (Spontis). In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die Unterstellung der Medien, die BAL sei ein DKP-Wahlverein durchaus Wirkung zeigte, und zwar zugunsten einer Stimmabgabe für die Grünen oder SPD."

Aus diesen beiden Punkten werden für die künftige Arbeit folgende Schlußfolgerungen gezogen:

„4. Es hat sich gezeigt, daß die in Bewegung geratenen Teile der Mittelschichten sich auch als Basis für die mittlerweile bundesweite grüne Partei verstehen. Das ist auch logisch, denn die grüne Partei ist aus diesen Kreisen entstanden und als politische Kraft noch nicht verbraucht. Ein linkes Wahlbündnis mit betrieblich-gewerkschaftlichem Schwerpunkt darf daher seine Perspektive nicht als Konkurrenz bzw. Alternative zu dieser Partei abstecken. Es sei denn, man gibt den Anspruch der betrieblichen Verankerung auf. Darauf ist ja in den Diskussionen im BAB von etlichen Betriebsarbeitern mehrfach hingewiesen worden. An diesem Punkt — der Frage der politischen Orientierung der Arbeit des BAB — muß jetzt wieder angeknüpft werden. Für das BAB ergibt sich daraus: Wenn der Einfluß in der Arbeiterschaft vergrößert werden soll, muß eine klare Ausrichtung auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erfolgen. Denn nur über eine gelungene Verankerung in den Betrieben wird man auch bei Wahlen die notwendigen Einbrüche bei den sozialdemokratischen Werktätigen erzielen können. Die Einheitsfront in den Betrieben auf klassenkämpferischer Grundlage vorantreiben — das sollte das BAB sich zur Aufgabe stellen."

Diese erste Stellungnahme der KPD in Bremen zur Wahl ist ohne Zweifel eine Position, die innerhalb des Betrieblich-Alternativen-Bündnisses (BAB) ernsthaft diskutiert werden sollte. Denn sie stellt ja nicht nur die Frage, inwieweit es richtig war, mit den Alternativen zusammen die BAL zu machen, sondern auch die Forderung, mit der Arbeit des BAB auch jetzt nach der Wahl fortzufahren, war ja das BAB von Beginn an eine Gruppierung, die sich keineswegs nur als Wahlverein sah.

Ein Initiativantrag von Werftbeschäftigten an den IGM-Gewerkschaftstag:

„Für die Überführung der Werftindustrie in Gemeineigentum"

Wir haben bisher im Roten Morgen die verschiedensten zum IGM-Tag vorliegenden Anträge nur in solchen Fällen wiedergegeben und kommentiert, wo es sich um besondere Inhalte oder Vorträge handelte. (Was vor allem antifaschistische Anträge bzw. solche für die Friedenssicherung betraf). Dies deshalb, weil wir davon ausgehen, daß auch aktive Gewerkschafter und Interessierte anderer Gewerkschaften die Möglichkeit haben, sich mit den vorliegenden Anträgen zu befassen. Wir weichen hier aus zwei Gründen davon ab: Erstens weil es sich um einen kurzfristig nachgereichten Initiativantragsvorschlag handelt, zweitens weil er seinem ganzen Inhalt nach wirklich von einer klassenkämpferischen Linie im Dienste der Belegschaften ausgeht. Der Vorschlag hat folgenden Text:

Alle Werften Norddeutschlands sollen in einer nationalen Schiffbaugesellschaft zusammengefaßt werden.

Die Überführung in Gemeineigentum muß flankiert werden von einem unverzichtbaren Maßnahmebündel:

- Überführung der gesamten Werftindustrie in Gemeineigentum (Bundes- und Landeseigentum).
- Zins- und Forderungsverzicht der Banken.
- Nur geringfügige Entschädigung, da dem Steuerzahler die Werften aufgrund geleisteter Subventionen bereits mehrfach gehören.
- Erhalt aller Werftstandorte, Erhalt aller Arbeitsplätze auf den Werften.
- Verschärfung der Sicherheitsvorschriften für Seeschiffe; Durchführung der IMCO-Vorschriften (doppelte Böden, separate Ballasttanks bei Tankern etc.).
- Keine Reedersubventionen für Aufträge an ausländische Werften.
- Subventionen nur mit Arbeitsplatzgarantie; ihre Verwendung wird durch Belegschaften und ihre Gewerkschaft kontrolliert.
- Kontrollrechte der Belegschaften und ihrer Gewerkschaft bei sämtlichen betrieblichen Entscheidungen; insbesondere Veto-Recht des Betriebsrates bei Entlassungen.
- Abbau von Überstunden; Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Die Durchführung und Einhaltung der Arbeitszeitverkürzung wird von der Belegschaft (Betriebsrat, Gewerkschaft) kontrolliert.

- Verhinderung von Lohn- und Sozialabbau.
- Umstrukturierung der Produktion auf den Werften nach einem Konzept gesellschaftlich sinnvoller Fertigung, vor allem im Bereich des Umweltschutzes und der Energieversorgung. Die Betriebsführung einer nationalen Schiffbaugesellschaft richtet sich nicht nach markt- und profitorientierten Gesichtspunkten, sondern nach arbeitsplatzsichernder Produktion von Gebrauchsgütern. Dafür sind staatliche Aufträge notwendig. Es müssen Einflußmöglichkeiten gefunden werden, daß die Interessen der betroffenen Bevölkerung in der Region, wo die Werften liegen, gewahrt werden, in Zusammenarbeit mit der IG Metall, der Belegschaft, Bund und Ländern.

Aus der Begründung:

Der Vernichtung unserer Arbeitsplätze auf den Werften, der Verschrottung ganzer Anlagen, der Zerstörung unserer Kampfkraft durch Vereinzelung in der Arbeitslosigkeit und der Konkurrenz zwischen den Werftstandorten können wir nur Einhalt gebieten, wenn wir für die Überführung der Werften in Gemeineigentum kämpfen. Die Werfteigner haben gezeigt, daß sie ihre Verfügungsgewalt über die Produktonsmittel (die uns Steuerzahler übrigens schon mehrfach gehören, zählen wir alle Subventionen für die Werftindustrie zusammen) nicht im Sinne der Sozialverpflichtung des Eigentums (Grundgesetz), sondern nur für ihren höchstmöglichen Profit nutzen.

Der Erhalt der Arbeitsplätze auf den Werften steht für die dort Beschäftigten im Mittelpunkt. Verstaatlichung für sich genommen sichert noch keine Arbeitsplätze. Das hat sich bei der staatseigenen Werft HDW gezeigt. Auch ‚Sozialisierung der Verluste' (Verstaatlichung nur der Werften, die ‚rote Zahlen' schreiben) wäre letztlich Betrug am Steuerzahler, den Arbeitnehmern.

Das Geld für den Erhalt der Arbeitsplätze auf den Werften und für die Umstellung der Produktion ist vorhanden. (...)

Unsere Forderungen sind nur durch erheblichen politischen Druck, Mobilisierung der Bevölkerung, verbunden mit dem gemeinsamen Kampf aller Werftarbeiter durchzusetzen. Dies muß von der gesamten IG Metall mit aller Kraft unterstützt werden.

Nur die Solidarität aller Werftarbeiter, tatkräftig unterstützt von ihrer Organisation, der IG Metall, kann verhindern, daß Norddeutschland zu einem Armenhaus wird!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kommentar

Der Gewerkschaftstag

Vom 9. — 15. Oktober findet der 14. Gewerkschaftstag der IG Metall in München statt.

Ein Gewerkschaftstag, der durch verschiedene Umstände besondere Bedeutung erlangt. Zum einen, wie immer, einfach deshalb, weil es der Gewerkschaftstag der IG Metall ist — im Bundesmaßstab gesprochen ohne Zweifel die entscheidende Gewerkschaft innerhalb des DGB aufgrund ihrer Größe, aufgrund der von ihr organisierten Bereiche. Zum zweiten, weil es der erste IGM-Tag ist seit der Bonner Wende, seit dem Hinauswurf der SPD aus der Regierung und seiner anschließenden Bestätigung in der Märzwahl. Und wenn in der politischen Einschätzung der konservativen Regierung in Bonn als ein zentraler Punkt immer wieder die Konfrontation mit den Gewerkschaften auftaucht, wenn der Bonner Regierung nachgewiesen ist, daß es ein Grundbestandteil ihrer Politik ist, gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren, dann trifft dies immer auch in entscheidender Weise auf die IG Metall. Und zum dritten, weil dieser Gewerkschaftstag zu einem Zeitpunkt stattfindet, da die wirtschaftliche Krise dieses kapitalistischen Systems in zwei klassischen, hochorganisierten Bereichen dieser IG Metall, in der Stahl- und Werftindustrie immer horrendere Ausmaße annimmt, der kapitalistische Generalangriff gerade in diesen Bereichen besonders intensiv vorgetragen wird.

Unter diesen Umständen also ein Kongreß, auf den noch viel mehr als bisher auch die aktiven Gewerkschafter anderer Einzelgewerkschaften des DGB sowie alle linken, klassenkämpferischen und revolutionären Kräfte schauen werden.

Dabei liegen über 900 Anträge vor, von den Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen verabschiedet — Anträge, denen in der übergroßen Mehrheit ohne weiteres zuzustimmen ist. Ohne Zweifel dabei auch eine ganze Reihe Anträge, deren Annahme zunächst einmal einen Fortschritt markieren würde.

Dabei liegen zu politischen Fragen, was beispielsweise die Haltung zu Naziorganisationen oder zum Widerstand gegen die sogenannte Nachrüstung betrifft, zweifelsohne gute Anträge vor, auch entsprechende Entschließungen aus der Vorstandsetage und Aufrufe zu Aktionen, so in der bundesweiten Friedenswoche. Diese zu verabschieden, wie auch für andere Bereiche, bedeutet ohne Zweifel einen Schritt nach vorn.

Das Hauptproblem dabei wird aber einmal mehr sein, wie bei bisher fast allen Gewerkschaftstagen, was in der folgenden Arbeit aus noch so guten Anträgen verschiedenster Verwaltungsstellen gemacht wird. Und dies vor allem an den ganz zentralen Stellen gewerkschaftlicher Arbeit, in erster Linie beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen Entlassungen.

Da steht an der Kampf für die 35-Stunden-Woche. Verschiedene Mitglieder des IGM-Vorstandes haben dazu in den letzten Tagen nicht nur ihre Entschlossenheit bekundet, die Organisation in diesen Kampf zu führen, sondern auch unterstrichen, daß diese Arbeitszeitverkürzung für sie ohne den Lohnausgleich nicht denkbar sei. Und ganz ohne Zweifel wird dies eine ganz entscheidende Auseinandersetzung werden, die auch auf längere Zeit nicht nur über die Lage der Arbeiter entscheiden wird, sondern auch über die Rolle, die die IG Metall spielen wird. Und die so natürlich auch zu einem Maßstab dafür werden wird, ob der Vorstand der IG Metall in irgendeiner Weise bereit ist, Konsequenzen aus der Entwicklung zu ziehen, nicht so vorzugehen, wie er es noch beim Kampf der Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche im Jahr 78 tat, als er entscheidende Verantwortung für die damalige Niederlage trug und bis heute trägt. Und da wird die in der Vorbereitung der Kampagne oft geäußerte Behauptung, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sei sozusagen auch für die Unternehmer gut, gar nichts nützen, sondern nur schaden, weil sie daran hindert, klar zu sehen, was für ein schwerer Kampf da auf die Metaller zukommt.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Problemen in der Stahl- und Werftenbranche. Als das Vorstandsmitglied Dieckerhoff bei der Kampfaktion am 7. Juli bei Hoesch in Dortmund sagte, es gäbe viel Kritik daran, daß die IG—Metall-Spitze untätig geblieben sei erhielt er — sicher unerwünscht — recht viel Beifall. Die Demonstration in Bonn in der letzten Woche, so kurz vor dem Gewerkschaftstag, war denn sicher zum Teil auch dazu geplant, Vorstandsaktivitäten nachzuweisen. Die Forderung nach der Verstaatlichung dieser Branchen, die von zahlreichen Vertrauensleutekörpern und Betriebsräten aus solchen Betrieben erhoben wurde wird da zur Debatte stehen müssen. Wie damit auf dem Kongreß umgegangen wird, wird ein weiterer entscheidender Maßstab sein.

Es ist so, wie es eine Reihe von engagierten Gewerkschaftern aus Frankfurt und Westberlin vor allen gesagt bzw. in ihrem offenen Brief geschrieben haben:

„Nur mit einer Wende in unserer Gewerkschaftsarbeit können wir der gesellschaftspolitischen Wende entgegentreten."

Sie machen dies richtigerweise vor allem an folgenden vier Punkten fest: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Verstaatlichung der Stahl- und Werftbranche, Ausweitung der gewerkschaftlichen Kampfformen — vor allem auf Betriebsbesetzungen und die Verbindung mit der Arbeitslosenarbeit. Dem ist nichts hinzuzufügen, die Behandlung dieser Fragen wird entscheidend sein für die Bedeutung dieses Gewerkschaftstages.

Helmut Weiss

Vom 5. zum 19. Oktober

Von einer massenhaften Beteiligung von Belegschaften an den vom DGB ausgerufenen „5 Mahnminuten für den Frieden" gehen die Gewerkschaften aus. Da dieser „Rote Morgen" exakt einen Tag vor dieser großen Warnstreikaktion abgeschlossen wird, können wir diesmal noch nicht darüber berichten.

Wenn diese Ausgabe herauskommt, ist der 5. Oktober vorbei, der von vielen linken Gewerkschaftern als „Generalprobe" verstanden wurde. Vor uns liegt der 19. Oktober, der „Tag der Betriebe", im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche der Friedensbewegung. Es gilt also, mit dem hoffentlich guten Eindruck vom Mittwoch als Rückenstärkung, die verbleibende Zeit zu nutzen, um Streikaktionen auch an diesem Tag in möglichst breitem, bundesweitem Ausmaß vorzubereiten. Wie schon zum 5. wird es sicher erst recht zum 19. Oktober Drohungen von Unternehmerseite geben, um Kolleginnen und Kollegen von Arbeitsniederlegungen abzuhalten. Wenn die Belegschaften zusammenhalten, brauchen sie sich auch an diesem Tag nicht darum zu scheren!

So kann sich die Erkenntnis weiter durchsetzen: Die Arbeiter haben das gute Recht und die Macht, für ihre Interessen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen, ohne jemanden um Erlaubnis zu fragen. Wer den Krieg vorbereitet, streitet das Recht des Streiks für den Frieden ab. Logisch. Man enthält der Arbeiterschaft die juristische Absicherung des Rechts auf politische Streiks immer noch vor. Aber sie kann es sich nehmen. Und der Kampf gegen die Atomkriegsvorbereitung ist allemal ein guter Grund dazu.

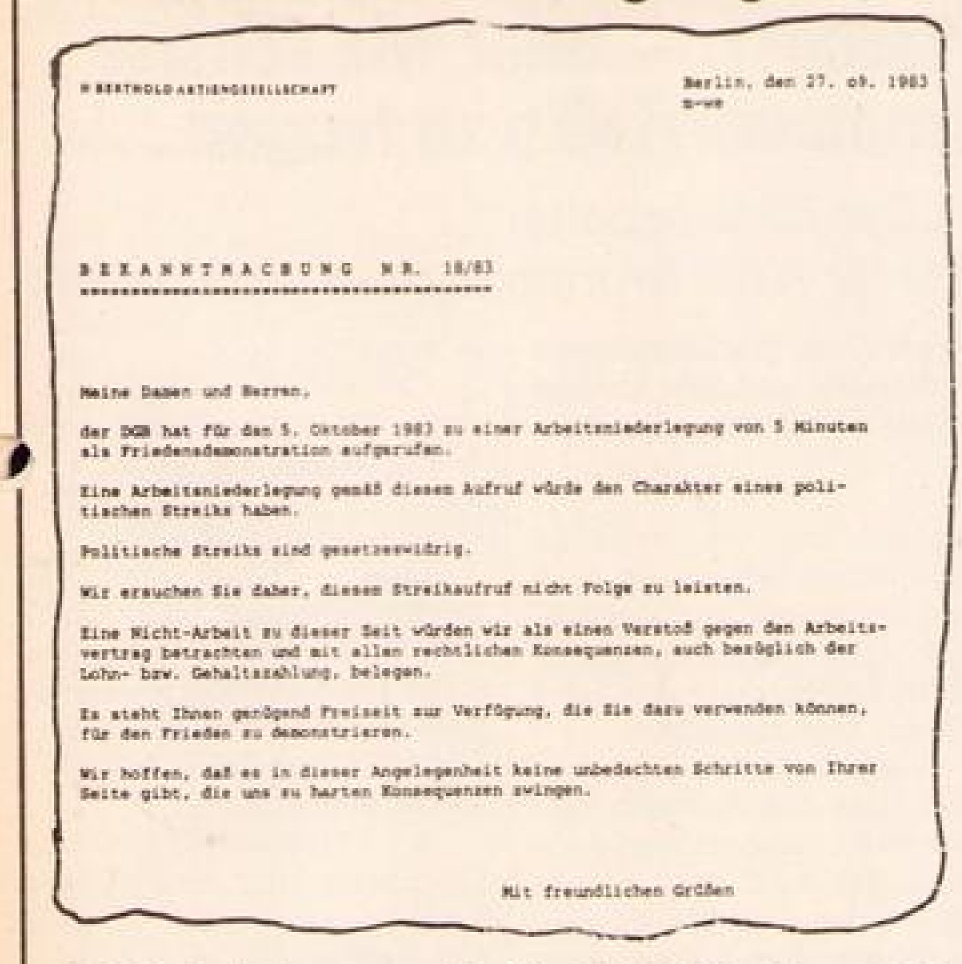
Zum Beispiel: ÖTV in Frankfurt

„Liebe Genossen!
Bei der Abstimmung innerhalb des DGB-Bundesvorstandes über die Aktion gegen die Stationierung hatten sich zehn Einzelgewerkschaften für die Durchführung einer Aktion am 19. Oktober ausgesprochen (darunter auch die ÖTV).

Aus Gründen der Einheit wurde der 5. Oktober gewählt, um eine Zersplitterung zu vermeiden.

Wir in der ÖTV gehen davon aus, wenn der ‚5. Oktober' ein Erfolg wird, gibt es eine weitere Arbeitsniederlegung am 19. Oktober. Ein Genosse aus Ffm."

„Es steht Ihnen genügend Freizeit zur Verfügung ..."



H. BERTHOLD AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin, den 27. 09. 1983
m-we

BEKANNTMACHUNG NR. 18/83

Meine Damen und Herren,

der DGB hat für den 5. Oktober 1983 zu einer Arbeitsniederlegung von 5 Minuten als Friedensdemonstration aufgerufen.

Eine Arbeitsniederlegung gemäß diesem Aufruf würde den Charakter eines politischen Streiks haben.

Politische Streiks sind gesetzeswidrig.

Wir ersuchen Sie daher, diesem Streikaufruf nicht Folge zu leisten.

Eine Nicht-Arbeit zu dieser Zeit würden wir als einen Verstoß gegen den Arbeitsvertrag betrachten und mit allen rechtlichen Konsequenzen, auch bezüglich der Lohn- bzw. Gehaltszahlung, belegen.

Es steht Ihnen genügend Freizeit zur Verfügung, die Sie dazu verwenden können, für den Frieden zu demonstrieren.

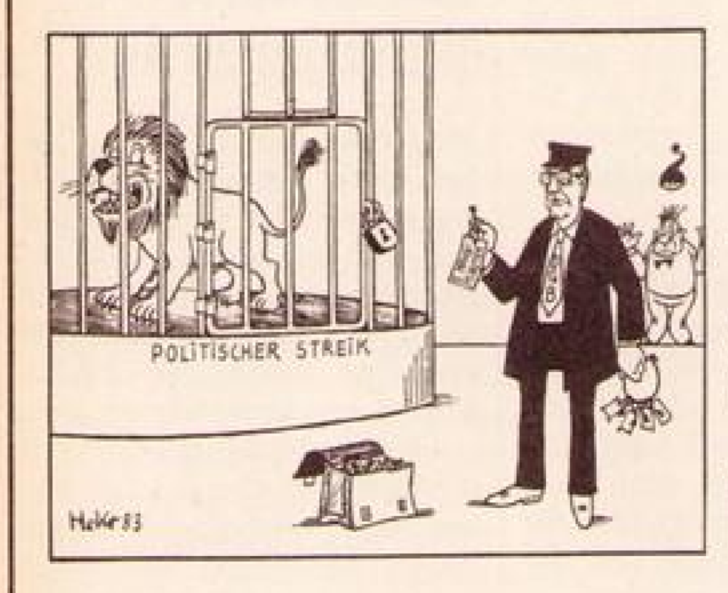
Wir hoffen, daß es in dieser Angelegenheit keine unbedachten Schritte von Ihrer Seite gibt, die uns zu harten Konsequenzen zwingen.

Mit freundlichen Grüßen

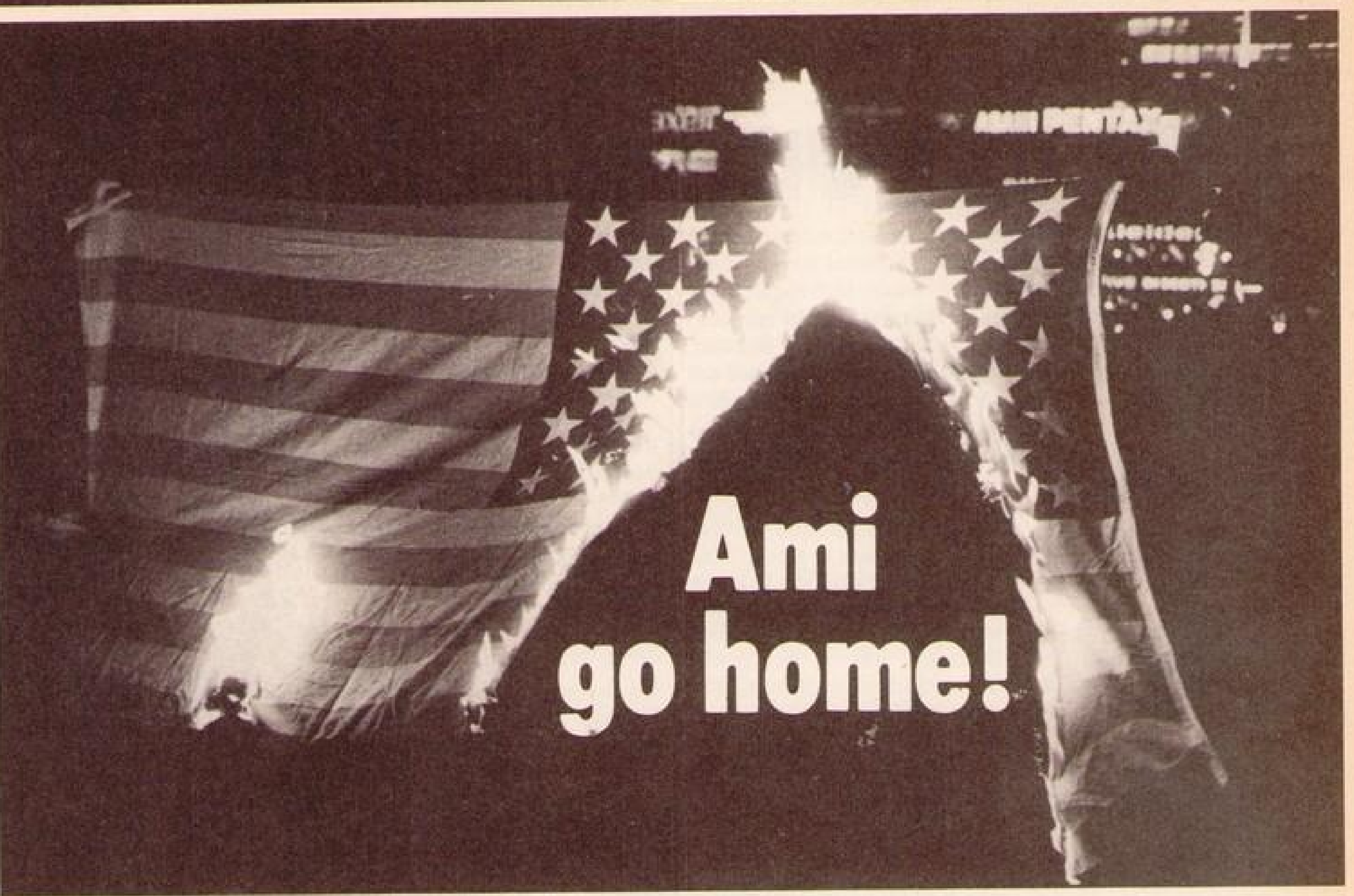
Arbeitsniederlegungen für den Frieden? Pfui! Da dreht sich dem anständigen, schwer arbeitenden Unternehmer doch der Magen um. Rundschreiben wie das hier abgebildete gab es viele und wird es wohl auch zum 19.10. geben.

Wir hoffen, daß es in dieser Angelegenheit wohlbedachte Schritte von Seiten vieler Belegschaften gibt, die die harten Konsequenzen der Politik der Kriegstreiberei abzuwenden hilft und den Kriegstreibern einen Strich durch die Rechnung macht.

Mit solidarischen Grüßen
Die Redaktion



Wovor die CSU Angst hat



13. bis 15. Oktober: Blockaden und Demonstration

Friedensaktionen in Bremerhaven und Nordenham

Die Nordverbände der KPD und die Kommunistische Jugend im Bundesgebiet haben zu einer Teilnahme an den Friedensaktionen aufgerufen, die vom 13. bis zum 15. Oktober in Bremerhaven und Nordenham stattfinden.

Was läuft wo, wann, wie?

Bremerhaven
13.10., 7 Uhr: Beginn der Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven-Weddewarden. 14.10.: Fortsetzung der Blockade. 15.10., 9 — 11 Uhr: Sammeln auf dem Wilhelm-Kaisen-Platz (Stadthalle), Musikprogramm. 11 Uhr: Sammeln bei der Anne-Frank-Schule in Weddewarden für die Teilnehmer der Wedderwarden-Route. 11 Uhr: Kundgebung. Es sprechen: ein Vertreter der BIFA (Begrüßung), ein Vertreter der Unterweser-Initiativen, ein Vertreter des Regionalausschusses Nord, Kapitän Kraft von der Alemania Express, zwei Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen (PLO und Kurdistan), Abmarsch der Demonstration zur Carl-Schurz-Kaserne, 17 Uhr Rückmarsch zur Stadthalle.

Die Routen der Demonstration: A Stresemannstraße — Wurster Straße, B Hafenstraße — Wiener Straße — Bgm-Smidt-Straße — Roter Sand — Hafen, C durch Weddewarden.

Sammelpunkte (außer Wilhelm-Kaisen-Platz): Bahnhof Lehe: für alle, die per Bahn anreisen. Parkplatz Schiffahrtsmuseum: für alle, die von der östlichen Wasserseite kommen. Anne-Frank-Schule, Weddewarden: für Teilnehmer aus dem Landkreis Cuxhaven und aus Schleswig-Holstein (Fährbenutzer).

Die Teilnehmer, die über Bahnhof Lehe und Schiffahrtsmuseum eintreffen, begeben sich von dort zum Wilhelm-Kaisen-Platz und nehmen an der Kundgebung teil. Die in Weddewarden Versammelten demonstrieren „autonom" zur Kaserne.

Nordenham
13.10.: Beginn der Blockade des MIDGARD-Hafens. Genaueres wird auf dem Blockade-Treffen am 1.10. in Nordenham festgelegt.

Die KPD und die KJD unterstützen diese Aktionen. Wir treten ein für wirksame Blockaden aber gegen abenteuerliche Aktionen. Man soll sich auch nichts vormachen: Es geht an diesen Tagen vor allem um eine politische Demonstration. Es ist ein Erfolg, wenn viele Menschen besonders aus der betroffenen Region dazu mobilisiert werden können, ihren Protest gegen die Munitionstransporte, die Kriegsvorbereitung, die NATO hier auf der Straße zum Ausdruck zu bringen.

Eine politische Demonstration wird es auch von Seiten der Regierung, der Polizei, der Besatzertruppen sein. Denn wie es eine Illusion wäre, zu glauben, mit der Totalblockade schon den Verkehr im Hafengebiet, und in den Kasernen ernsthaft durcheinanderzubringen, wäre ein eventueller — und durchaus diskutierter und vorbereiteter — massiver Gewalteinsatz von Polizei oder Truppen gegen die Demonstranten vor allem eine „Demonstration der Stärke", ein Zeichen: Wer uns auch nur ein bißchen stört, wird aus dem Weg geräumt, nicht eine vom Standpunkt des reibungslosen Arbeitsablaufes oder sogenannter militärischer Notwendigkeiten diktierter Einsatz (gegen den man sich natürlich auch wehren müßte).

Bremerhaven bringt nicht die „Entscheidungsschlacht", Es kann eine politisch bedeutsame Massenaktion werden, die es auch gegen den Widerstand der Herrschenden nach Kräften durchzusetzen gilt.

Zur Bedeutung der Aktion gerade in den genannten Orten seien Auszüge aus dem auf der Unterweserkonferenz beschlossenen „Aktionsrahmen" zitiert:

„Mit ihren Aktionen in Bremerhaven und Nordenham will die Friedensbewegung auf die besondere militärische Bedeutung dieser Region im Rahmen der US-NATO-Strategie aufmerksam machen und ihren Protest gegen die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft massenhaft zum Ausdruck bringen. Bremerhaven/Nordenham ist der mögliche Landepunkt für Pershing II und Cruise Missiles und Haupthafen für US-Militärmaterial. Für Bremerhaven als Anlandepunkt spricht:

- Auch die Pershing I kam auf dem Seeweg nach Europa.
- In der Carl-Schurz-Kaserne ist der Sitz des ‚Military Sealift Commands', zuständig für allen Nachschub, der auf dem Seeweg nach Europa und dem Nahen Osten gelangt.
- In Nordenham werden auch Atomsprengköpfe verladen.
- In Nordenham werden chemische Kampfstoffe, demnächst binäre Gasgranaten verladen.
- Über Nordenham werden jährlich 90000 Tonnen Munition angelandet und per Bahn und Schiff in den Süden der BRD transportiert.
- In Bremerhaven kommen ca. 1,5 Millionen Tonnen Waffensysteme und Militärmaterial ins Land. Die gesamte Unterweserregion wird systematisch militarisiert.
- In Bremerhaven sind amerikanische Einheiten stationiert, die im Zusammenhang mit Atomwaffen stehen. Dafür spricht sowohl der Troposcatter auf dem Kasernengelände, als auch andere Radar- und Kommunikationseinrichtungen in umliegenden Orten.
- In Garlstedt ist die US-Panzereinheit „Hölle auf Rädern" stationiert.
- Allein in Cuxhaven sind zwei Ausweichflughäfen.
- In der Region liegen mindestens drei Nike-Herkules-Atomraketenstellungen.

Aber Bremerhaven zeigt nicht nur den ganzen Umfang der Aufrüstung, es zeigt auch wie sehr die US-Army in Europa, bzw. in die NATO verwikkelt ist und in alle Kriege in der dritten Welt, wenn es darum geht, Einflußgebiete abzustekken und aufbegehrende Völker niederzuhalten — wie jetzt in El Salvador, Nicaragua, Südafrika oder Palästina.

Wenn wir das Military Sealift Command blockieren, ist das auch praktische Solidarität mit diesen Völkern.

Waffen- und Munitionsim- und -export findet laufend in Bremerhaven/Nordenham statt:

- Über Bremerhaven lief der Nachschub für die Libanon- und Nahost-Kriege 1958, 1973, 1982...
- Schon 1973 wurde der Nordhafen in Bremerhaven von amerikanischer Militärpolizei abgeriegelt, um Waffen für Israel — Nahost-Krieg zu verladen. So etwas ist bisher einzigartig in Europa geblieben.
- Über Nordenham lief Material für den gegenwärtigen türkischen Völkermord an den Kurden."

Mediziner gegen Atomkrieg

5000 demonstrierten in Bonn



„Da unsere Aufgabe die Erhaltung des Lebens ist, ist unsere dringendste Aufgabe die Verhinderung des Atomkrieges". Dieser Standpunkt bestimmt das Verhalten von immer mehr Menschen, die im Gesundheitswesen tätig sind. 5000 von ihnen demonstrierten am 1.10. in Bonn/Bad-Godesberg.

Flugblatt der KPD /Bremen zur Unterbrechung der AG-Weser-Besetzung

War das umsonst?

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Ortsgruppe Bremen der KPD ein Flugblatt, in dem sie Stellung nimmt zur abgebrochenen Betriebsbesetzung bei der AG Weser in Gröpelingen. Dabei ist das auch hier natürlich nur ein erster Schritt zur Auswertung der wichtigen Erfahrungen, die da gemacht wurden. Wobei die Bremer Genossen in ihrem Flugblatt vor allem auf den „längeren Atem" abzielen, der für so einen Kampf nötig sei. Wobei es natürlich auch in Bremen, wie in Hamburg (siehe nebenstehende Seite) darauf ankommen wird, die verschiedensten Aspekte zu untersuchen.

Seit gestern wird auf der AG Weser wieder gearbeitet. Die Belegschaft hat ihr Ziel nicht erreicht. Warum?

Mit der Besetzung sollte der Senat gezwungen werden, der Werft Gelder zu geben, damit die ihre Schiffe billiger auf den Markt bringen kann. Dafür schien die Woche vor der Wahl besonders günstig. In ihrem „Wahlprüfstein" rief die Belegschaft alle Bremer auf, nur Parteien zu wählen, die eindeutig für den Erhalt der Werften sind. So sollte der Druck auf Hans Koschnik noch verstärkt werden. Das ist fehlgeschlagen, und es ist nur logisch, daß die Kollegen die Besetzung abgebrochen haben.

Ist Besetzung sinnlos?

Die AG-Weser-Kollegen haben in ihrem Kampf große Geschlossenheit gezeigt. Die Bevölkerung, die Kollegen anderer Betriebe sind mit der Akschen zusammengerückt, Schulklassen gingen mit auf die Demonstrationen, Musik- und Theatergruppen waren im Einsatz, die Bürgerinitiative unterstützte die Belegschaft mit zahllosen Ideen und praktischer Solidarität. Das hat es in Bremen in diesem Umfang noch nie gegeben. Nur, die Besetzung war Neuland. Nach acht Jahren Duldung der Entlassungen war es ein großer Schritt nach vorn, obwohl es zu einem Erfolg noch nicht gereicht hat.

Wir brauchen einen längeren Atem

„Es war falsch, die Besetzung abzubrechen". So ist heute die überwiegende Meinung bei den Kollegen der HDW in Hamburg, denn jetzt stehen vor den Kollegen die fast 1400 Entlassungen. Es wird uns nichts anderes übrigbleiben, als Besetzung völlig unbefristet, das heißt **bis zum Erfolg** durchzuhalten. Natürlich ist das hart. Aber denken wir mal an die Autowerker in Detroit: Sie essen heute aus den Gulaschkanonen der Heilsarmee, und ihre Stadt versinkt in Dreck und Kriminalität. Das ist auch unsere Zukunft, wenn wir bei der Verteidigung unserer Arbeitsplätze keinen Erfolg haben.

Wenn eine Besetzung Erfolg haben soll, muß sie konsequent sein: Dann darf kein Handschlag getan werden, der den Kapitaleignern nützt. Dann muß überlegt werden, mit welchen Forderungen und Maßnahmen einer Erpressung durch die Kapitaleigner begegnet werden kann.

Doch die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes und der Solidarität kann der Belegschaft niemand nehmen.

Ein Wort zur IG Metall

HDW, AG Weser, Thyssen Nordseewerke (Emden) und Vulkan. Das sind die Belegschaften, die in diesen Monaten bluten sollen. Es ist die Verantwortung der IGM-Führung, wenn sie **einzeln** fertiggemacht werden und ihre Kampfkraft nicht in **gemeinsamen** Aktionen zum Tragen kommt. Weinkauf und vom Steeg ziehen sich immer auf die „Rechtslage" zurück. Sie würde es der IGM nicht erlauben, die Verteidigung der Arbeitsplätze zu organisieren und zu bezahlen. Aber was wurde denn unternommen, um diese Rechtslage durch politischen Druck zu ändern? Und was sollte die IGM-Bezirksleitung daran hindern, endlich Verrauensleutekonferenzen aller Werften anzusetzen, wo die Kollegen über gemeinsame Aktionen beraten und dafür sorgen, daß in allen betroffenen Betrieben **gleichzeitig** Kampfaktionen stattfinden. Was sollte die IGM-Bezirksführung daran hindern, den Vorschlag aufzugreifen, Patenschaften in anderen Betrieben für die kämpfenden Kollegen bundesweit zu organisieren?

Ein Gedanke spielte auf der Werft in diesen Tagen kaum eine Rolle:

Wir können auch was anderes als Schiffe bauen

Zum Beispiel Rauchgasentschwefelungsanlagen für Kraftwerke, Klärwerke, Müllverwertungs- und Vernichtungsanlagen... Also nützliche Umweltschutzinvestitionen, die durch Gesetz erzwungen oder vom Staat finanziert werden müßten — was kein Problem wäre, wenn Gelder aus dem Rüstungswahnsinn entnommen würden.

Oder: Verbesserung der Schiffssicherheit. Der Staat müßte nur die Schiffe technisch so streng kontrollieren, wie der TÜV das Auto des kleinen Mannes. Dann würde eine Unmenge Arbeit für die Werften anfallen — und man hätte noch die Seeleute auf seiner Seite, die heute bei deutschen Reedern fahren, auf Schiffen, die mit Reederhilfe, aber im Ausland gebaut wurden, die unter Billigflagge laufen, die oft in gefährlichem Zustand sind.

Schöne Träume?

Das muß alles mühsam erkämpft werden, solange Kaptaleigner wie Krupp hier das Sagen haben und einen Koschnick oder Lambsdorff zu ihrem „Boten" machen. Es wäre eine Selbstverständlichkeit, wenn nicht mehr Krupp, sondern die Arbeiterschaft im Staat das Sagen hätte. Dann würden die Arbeiter **ihre** Gesetze erlassen, die ihnen Arbeit, eine unzerstörte Umwelt und bessere Arbeitsbedingungen garantieren.

Mittwoch letzter Woche:

Blutiger Besuch bei Blohm & Voss

Am Mittwoch letzter Woche besuchte der türkische Admiral Nejat Tümer die Hamburger Blohm-&-Voss-Werft, um an der Kiellegung einer der Fregatten, die dort für die türkische Junta gebaut werden teilzunehmen. In einem Aufruf zur Kundgebung gegen diesen Besuch hieß es unter anderem:

Heute besucht der türkische Flottenkommandant General Nejat Tümer Blohm & Voss, um an der „Kiellegung" einer Fregatte für die Türkei teilzunehmen.

Während über die Reise des Generals in der türkischen Presse bereits vor einigen Tagen berichtet wurde, bemühen sich bundesdeutsche Stellen, diesen Skandal geheimzuhalten. Denn Nejat Tümer ist einer der fünf Generale, die am 12. September 1980 die Regierungsgewalt an sich rissen, die gesellschaftliche Opposition ausschalteten und mit Mord und Folter Ruhe und Ordnung im Land herstellten.

Keine Fregatten für die Türkei! Insgesamt vier Fregatten hat die Türkei in Auftrag gegeben, von denen eine bei Blohm & Voss in Hamburg, eine bei HDW in Kiel und zwei in der Türkei gebaut werden sollen. Für die 800 Millionen DM Kosten garantiert die Bundesregierung. 800 Millionen DM Steuergelder als Geschenk an die türkischen Generale. Ausgerechnet hierfür soll das Argument der Arbeitsplatzsicherung erhalten. Das ist eine bodenlose Verhöhnung der Arbeiterinteressen, hält man sich das Verhalten derselben Regieregierung vor Augen, die vor noch nicht zehn Tagen die Forderung der streikenden HDW-Belegschaft nach Subventionshilfen vom Tisch wischte und damit kaltlächelnd die Entlassung und Existenznot von über 1300 Arbeiter und ihren Familien zustimmte.

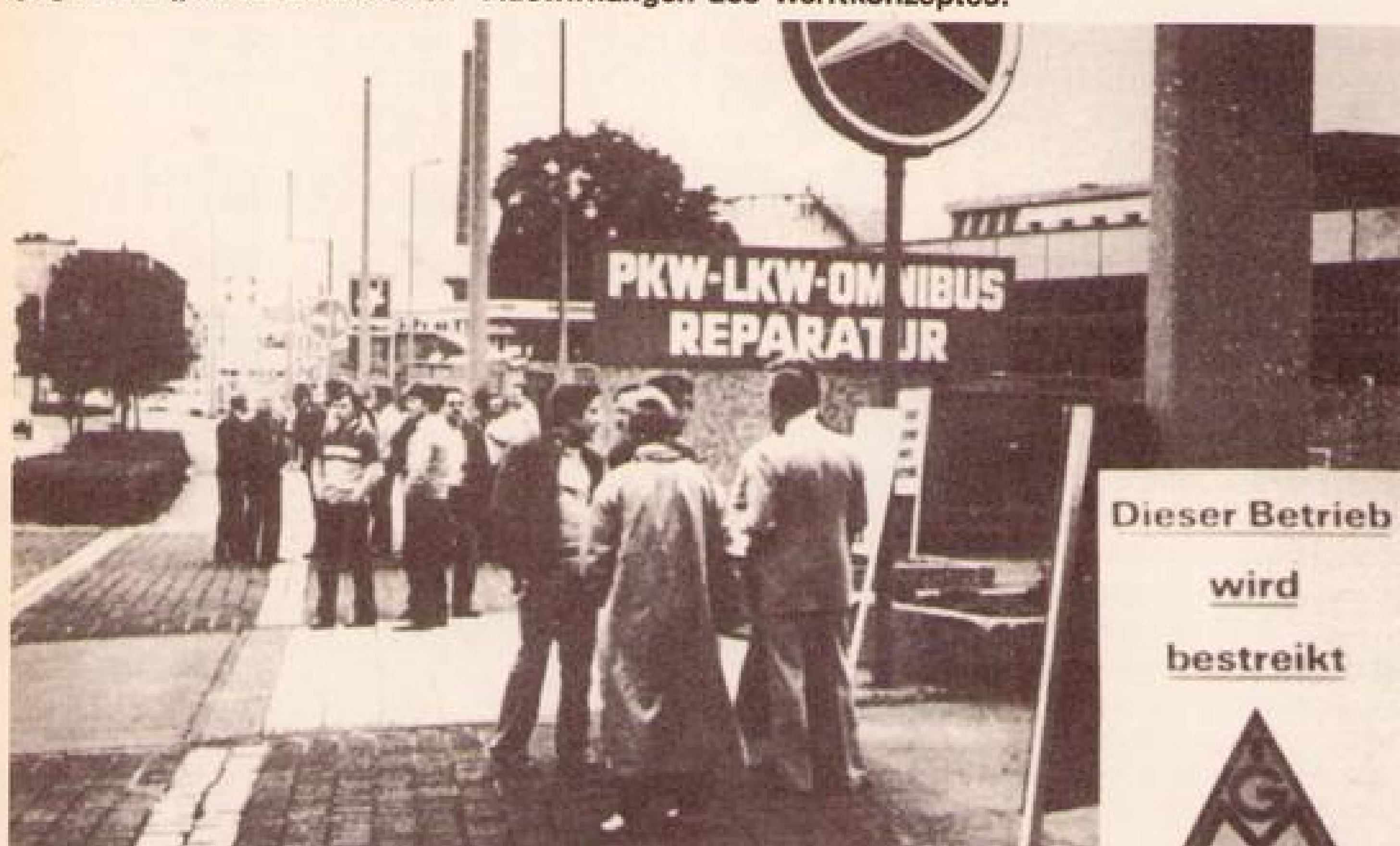
Dabei ist bekannt, daß Rüstungsproduktionen u. a. wegen der relativ hohen Kosten für Technologie nur wenige Arbeitsplätze schafft. Der Arbeitskreis Alternative Technologie von Blohm & Voss hat schon im März nachgewiesen, daß mit den 800 Millionen DM ein Vielfaches an Arbeitsplätzen im Handelsschiffbau und der alternativen Fertigung hätte erreicht werden können.

Konkrete Berechnungen und Vorschläge für alternative Fertigung hatten auch die HDW-Arbeiter vorgelegt. Was die Bundesregierung von Arbeitsplatzsicherung schwatzt, ist pure Lüge.

Zusätzlich zu dieser Protestkundgebung am Nachmittag protestierte auch eine Gruppe von Antifaschisten am Morgen vor der Werft bei der Ankunft Tümers, der von einem riesigen Polizeiaufgebot geschützt wurde. Dieser Auftrag an Blohm & Voss ist ein deutliches Beispiel dafür, wie sich die Kapitalisten vorstellen, die Werftenfrage zu lösen: Mit ein paar relativ kleinen Rüstungsschmieden.



Blockadeaktion vor dem HDW-Tor. Der Kampf der Belegschaft ist, das wurde spätestens am vergangenen Samstag bei dieser Blockade deutlich, keineswegs beendet. Er richtet sich heute gegen die „innerbetrieblichen" Auswirkungen des Werftkonzeptes.



Die zweite Streikwoche im Kraftfahrzeughandwerk Niedersachsens hat begonnen: Der Streik wurde täglich ausgeweitet. Ähnlich wie der Streik der Installateure kürzlich in Hamburg, stößt auch dieser Kampf auf eine Front von Kleinkapitalisten, die zum Teil mit offenen Wild-West-Methoden versuchen, Streikbruch zu organisieren. Aber schon die Urabstimmung, die 95 Prozent der Stimmen für den Streik erbrachte, zeigte, daß der Kampfwille nach besseren Löhnen da ist.

Am Beispiel AEG:

Freie Marktwirtschaft — oder wie schwer es ist, das Unternehmerrisiko zu tragen . . .

(Aus „Der AEG-Arbeiter", Betriebszeitung der KPD für AEG Brunnenstraße Westberlin)

Den folgenden Artikel aus dem „AEG-Arbeiter" veröffentlichen wir, weil er unserer Meinung nach informativ und sehr konkret an einem Beispiel klarmacht, wie die Unternehmer an staatliche Gelder herankommen.

Die Rechtfertigung, daß die Unternehmer enorme Gewinne kassieren, ziehen sie daraus, daß sie ja auch das finanzielle Risiko tragen müssen. Welches Risiko trägt nun die AEG bei den beiden Neubauten in Marienfelde und Siemensstadt? Diese beiden Fabriken kosten ungefähr 120 Millionen DM ohne Grundstücke.

1. Vergünstigung: Dieses Geld nimmt die AEG als Kredit auf. Natürlich zinsgünstig, vom Senat verbürgt, und statt einer Laufzeit von sonst üblichen neun Jahren hat dieser Kredit eine Laufzeit von 26 1/2 Jahren. Die letzte Rate ist also erst im Jahre 2009 fällig. Welch grenzenloses Vertrauen in die Zukunft von AEG. Worüber sollten wir uns eigentlich noch Sorgen machen?

2. Vergünstigung: Leider ist nun die erste Rate schon im Jahre 1985 fällig. Und da es dann der AEG vielleicht doch noch nicht so gut geht, greift der Senat ihr noch mal kräftig unter die Arme. Ab 1985 bis zum Jahre 1993 gibt es pro Jahr 3,3 Millionen DM, damit die AEG keine Schwierigkeiten bei der Rückzahlung bekommt.

3. Vergünstigung: Diese Summe von insgesamt 30 Millionen DM braucht die AEG aber nicht vollständig zurückzuzahlen. Dies könnte sie ja in den Konkurs treiben! Ganze 21,5 Millionen Mark werden ihr geschenkt, und die restlichen 8,5 Millionen braucht sie auch nicht auf einmal zurückzuzahlen. Nein, das passiert in Raten à 500 000 DM beginnend im Jahre 1994 bis zum Jahre 2009.

4. Vergünstigung: Da die AEG einen Kredit laufen hat, kann sie ihn steuermindernd absetzen. Die AEG wird also in Berlin kaum noch Steuern zahlen. Warum auch, gibt es doch genügend Arbeiter und Angestellte, deren Steuern noch kräftig erhöht werden können, damit man den Unternehmern das Investitionsklima in Berlin verbessern kann.

6. Vergünstigung: Treten nun beim Bau der neuen Fabriken irgendwelche unvorhersehbaren Ereignisse auf, wie zum Beispiel sumpfiger Boden, so ist dies natürlich nicht der AEG zuzumuten, eventuelle Mehrkosten zu tragen. Soweit reicht das Unternehmerrisiko nicht! Wozu haben wir denn den Senat? Alle eventuell mehr entstehenden Kosten trägt selbstverständlich er.

Und klappt es gar nicht mit der AEG, weil es doch noch den Konkurs gibt, oder weil die AEG meint, sie wolle doch lieber nicht in Berlin produzieren, weil das verbleibende Risiko immer noch zu groß ist, dann kauft der Senat selbstverständlich die leeren Fabrikgebäude von der AEG, damit sie auch ihren Umzug nach Westdeutschland bezahlen kann.

Dies alles ist vertraglich gesichert und nachzufragen beim Wirtschaftssenator Elmar Pieroth. In der Öffentlichkeit klingt das natürlich anders.

Elmar Pieroth bei der Grundsteinlegung: „Der AEG wird für die beiden Neubauten nichts geschenkt! Die gewährten Kredite sind zurückzuzahlen. Die AEG trägt das volle unternehmerische Risiko."

7. Vergünstigung: Das Grundstück stellt natürlich der Senat und verpachtet es nach dem Erbbaurecht an die AEG. Wo kämen wir denn hin, wenn die Unternehmer bei den hohen Preisen die Grundstücke auch noch selber kaufen müßten? Dann investieren sie gar nicht mehr, und sie machen sich somit selber überflüssig. Dies kann doch ein CDU-Senat nicht zulassen.

Und wie steht's mit Arbeitsplatzgarantie?

Eine Garantie für unsere Arbeitsplätze gibt es in diesen Verträgen natürlich nicht. Schließlich muß wenigstens ein Risiko übrig bleiben, nämlich unser Risiko, jeden Tag auf die Straße geworfen werden zu können, falls es dem Unternehmer paßt.

Würde der Senat auch noch dieses Risiko übernehmen und uns unseren Arbeitsplatz garantieren, was bliebe dann noch von der freien Marktwirtschaft übrig?



9 Tage Betriebsbesetzung bei HDW

Das war erst der Anfang

Als zweites unserer kleinen Reihe zur Auswertung der Werftbesetzungen veröffentlichen wir (nach der Betriebszeitung für HDW in der letzten Ausgabe) ein Flugblatt der Hamburger Ortsgruppe der KPD. Darin werden über die Entwicklung der Belegschaft hinaus auch andere Gesichtspunkte, von Vorgängen in verschiedenen Bereichen mit analysiert. Wir werden demnächst in dieser Reihe neben weiteren Einschätzungen bzw. Schlußfolgerungen der Partei auch die Meinung anderer Organisationen wiedergeben und besprechen.

Neun Tage hielten die HDW-Kollegen ihren Betrieb, das Werk Ross besetzt. Der Kampf der Kollegen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassung war mutig, und er war beispielhaft! Die Forderungen in diesem Kampf waren eindeutig und klar:

- Rücknahme aller Entlassungsanträge des HDW-Vorstandes;
- Erhalt aller Schiffsbauarbeitsplätze im Werk Hamburg;
- staatliche Aufträge und Subventionen nur für tatsächlich arbeitsplatzerhaltende Maßnahmen.

Die Form des Kampfes — Betriebsbesetzung — und diese Forderungen waren die richtige Antwort auf die rücksichtslose Politik des HDW-Kapitals.

Massenentlassungen, Stillegungen ganzer Produktionsstätten, arbeitsplatzvernichtende Maßnahmen des Kapitals, in der Krise seine Profite zu sichern und in die Höhe zu schrauben. Daß dabei tausende um ihre Existenzgrundlage gebracht werden, daß unzählige Familien dabei langfristig ins soziale Elend geraten, stört das Kapital nicht. Besonders seit der Bonner Wende wurde diese Politik des rücksichtslosen Angriffs auf die soziale Lage der Werktätigen bei gleichzeitiger massiver Subventionierung des Kapitals zur vorherrschenden Politik.

Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß bei der HDW gerade der Staat — Bonn ist mit 75 Prozent, Kiel mit 25 Prozent Anteilseigner der HDW — die Pläne der westdeutschen Werftindustrie durchsetzte, die von den Stahlkonzernen und vom Bankkapital kontrolliert wird. Das langfristig geplante Werftenkonzept — Verringerung der Werftstandorte, Kapazitätsabbau durch Massenentlassungen — soll durchgezogen werden. So stimmten noch im April dieses Jahres die vier norddeutschen Küstenländer diesem Konzept zu, auch der Hamburger Bürgermeister Dohnanyi.

Aber es betrifft nicht nur die Werftindustrie. Immer mehr Menschen sind heute in der BRD durch diese Politik direkt bedroht. Gerade deshalb haben unzählige diese Betriebsbesetzung mit großer Sympathie betrachtet. Sie haben ihre Solidarität gezeigt und durch massenhafte Geld- und Sachspenden die Kollegen zum Durchhalten ermuntert. Sie spürten: die HDW-Kollegen stehen im Kampf für alle Betroffenen, ihr Erfolg wäre auch ein Signal für den Widerstand gegen die rücksichtslose Spar- und Arbeitsplatzvernichtungspolitik gewesen.

Darum hat es viele hart getroffen, als die HDW-Kollegen nach neun Tagen durch eine Abstimmung ihre Besetzung beendeten, obwohl die HDW-Eigner gezeigt hatten, daß sie auf keine der Forderungen auch nur im geringsten eingehen würden.

Die Vertreter des Kapitals und ihre Schreiberlinge, die die Besetzung als „ungesetzlich", als „Verzweiflungstat" diffamierten, konnten wieder jubeln: Kapitualtion der Arbeiter; und auch wenn es manchem schwerfiele, so höhnten sie, jetzt werde endlich wieder Vernunft einkehren.

„Vernunft" heißt da:

- 1354 werden rausgeschmissen, rücksichtslos, nicht einmal sieben Kinder oder Behinderung schützen vor Entlassung;
- 160 Entlassungsanträge werden vom Vorstand gleich hinterhergeschoben;
- der Sozialplan wird zusammengestrichen (mehr als 10000 DM soll für den einzelnen nicht drin sein);
- die Weiterbeschäftigten sollen in großem Umfange abgruppiert werden;
- die Entlassenen erhalten Werftverbot, sie dürfen nicht an ihren Arbeitsplatz bei voller Bezahlung bis zum Ende der Kündigungsfrist;
- gleichzeitig werden wieder Überstunden angesetzt und Fremdfirmen angeheuert, weil sonst die anstehende Arbeit nicht zu schaffen ist.

Das ist die kapitalistische Vernunft und Ordnung!

Weiter kündigt der Vorstand an, daß nach Abschluß der Entlassungsaktion über weitere „Umstrukturierungsmaßnahmen" verhandelt werden soll. Das heißt im Klartext: die jetzige Entlassungswelle ist tatsächlich nur die erste Stufe der lange beschlossenen endgültigen Schließung der HDW-Hamburg. Die Arbeiter haben kapituliert, sind resigniert und beugen sich dem unvermeidlichen Schicksal? So erzählt die Hofpresse des Kapitals. Aber die Arbeiter der AG Weser in Bremen haben das Signal der HDW-Kollegen aufgegriffen und über eine Woche lang die AG Weser besetzt; auf den anderen Werften gärt es ebenfalls.



Und auf der HDW? Die Kollegen haben eine Schlacht verloren, doch der Kampf geht weiter. Die Empörung über das kaltschnäuzige Vorgehen des Vorstands hat wieder Kräfte mobilisiert. Bereits am Wochenende wurde erfolgreich ein Überstundenboykott organisiert. Denn sie wissen: es bleibt ihnen keine andere Wahl. Und was noch wichtiger ist — trotz der Abstimmungsniederlage und dem Besetzungsabbruch —, das drückte ein Kollege so aus:

„Wir sind nicht mehr dieselben, wie wir in den Kampf hineingegangen sind. Wir sind durch die Einheit, durch die Solidarität stärker geworden. Das kann uns keiner mehr nehmen."

Der Kampf geht weiter — obwohl der Vorstand zwei Drittel aller IGM-Vertrauensleute und fast alle Ersatzbetriebsräte auf die Entlassungsliste gesetzt hat und allen Entlassenen Werftverbot erteilt hat. Diese Maßnahmen beweisen die Angst des Vorstands dem neun Tage lang die organisierte Kraft der Belegschaft die geballte Faust gezeigt hat. Eine berechtigte Angst!

Die Forderungen der Kollegen wurden nicht durchgesetzt. Aber weit mehr als das und weit über HDW hinaus hat dieser Kampf eine nicht wieder wegzudenkende Bedeutung gewonnen für die kommenden Kämpfe der Arbeiterbewegung. Denn in diesem Kampf hat sich eine Kraft entwickelt, die allein in der Lage ist, die Forderungen und Interessen der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen: die geschlossene Einheitsfront gegen den Gegner, gegen das Kapital. Über weltanschauliche Unterschiede hinweg wurde diese Einheitsfront im Kampf geschlossen, sie gab sich organisatorischen Ausdruck in der Aktionsleitung. Die Frage, ob jemand bei der SPD, DKP, KPD oder bei keiner Partei ist, war zweitrangig. Wichtig war in diesen Tagen des Kampfes: wer steht auf der Seite der Arbeiter und wer auf der Seite des Kapitals.

Der Kampf wurde im Betrieb organisiert von IGM-Funktionären zusammen mit den Kollegen der Aktiven Metaller und der RGO. Er wurde gemeinsam organisiert auf der klaren Grundlage gegen den Kurs der Sozialpartnerschaft. Statt die „gemeinsamen Interessen" zwischen Arbeit und Kapital auszuhandeln war es ein Kampf Klasse gegen Klasse. Nur diese kämpferische Einheit kann Erfolge bringen! Diese Erfahrung muß aus dem Betrieb heraus bewahrt und weiter durchgesetzt werden. Die Kollegen der Aktiven Metaller und der RGO sind noch immer aus der IGM ausgeschlossen. Der Kampf hat gezeigt, daß diese Kollegen gerade nicht der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, im Gegenteil. Eine IG Metall, die kämpferisch für die Interessen der Arbeiter und Angestellten eintritt, braucht gerade solche Kollegen. Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Organisation der Arbeiterbewegung darf es nur für Vertreter der Kapitalinteressen und für Faschisten geben!

Um die Gewerkschaften zu einem Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu machen, brauchen sie die Kräfte, die sich gegen den Kurs der Sozialpartnerschaft stellen. Das brutale Vorgehen des Kapitals mit seinem Sanierungskonzept, aber auch das brutale Vorgehen des Kapitals während der Besetzungstage, hat vielen die Augen geöffnet. So wurde bei einer gewaltsamen Entführung eines Reparaturschiffes von Kai auf Geheiß des Vorstands ein Kollege verletzt, sogar Menschenleben wurden dabei aufs Spiel gesetzt.

Offen gestanden Betriebsräte und Vertrauensleute ein, daß ihre bisherige sozialpartnerschaftliche Vorgehensweise nur zu Niederlagen geführt hatte. Die ganze Mitbestimmung hat bisher keinen einzigen Arbeitsplatz bei der HDW gerettet.

Die Forderungen der Kollegen wurden nicht erfüllt. In der entscheidenden Abstimmung am neunten Tag der Besetzung stimmten dannoch 1100 gegen die Fortsetzung. Resignation, abbröckelnder Kampfeswille? Nein, die Betrachtung der genauen Umstände ergibt ein anderes Bild.

Die Abstimmung erfolgte auf einer offiziellen Betriebsversammlung. Im Unterschied zu den vorher stattfindenden Belegschaftsversammlungen während der neun Tage waren, zum Teil auf offnen Druck von den Vorgesetzten, bis hinauf zu den leitenden Angestellten, auch alle die vertreten, die zwar vom Ergebnis des Kampfes profitierten, aber dem Kampf selbst feindlich bis abwartend gegenüberstanden. Demgegenüber war die Front der den Streik und die Besetzung tragenden Kollegen durch Wechsel in der Kurzarbeitsschicht geschwächt. Dazu verschärfte der Vorstand den Druck durch gezielte Androhung fristloser Entlassung mit Verlust von Arbeitslosengeld und Sozialplan, durch die konkrete Drohung mit Räumung durch Polizei. Gezielt wurden ausländische Kollegen mit Ausweisungsdrohungen bearbeitet. Daß trotz aller dieser Umstände noch 680 Kollegen für die konsequente Fortsetzung eintraten, das zeigt die Kampfstärke der Belegschaft.

Die HDW-Kollegen führten ihren Kampf allein gegen ein Werftkonzept, das von dem gesamten Werftkapital getragen wird. Die Bonner Regierung, die vier norddeutschen Regierungschefs tragen dieses Konzept mit. 15000 Entlassungen sind dabei eingeplant, mehrere Werftstandorte (z.B. HDW in Hamburg und AG Weser in Bremen) sollen geopfert werden. Das alles mit saftigen Zuschüssen aus der Staatskasse! Deshalb war es für die HDW-Kollegen allein ein aussichtsloser Kampf. Auch als die AG-Weser-Kollegen nachzogen — es fehlte die breite Unterstützung. Die Bonner Regierung, im Auftrag des Kapitals, wollte von vornherein nicht nachgeben. Sie wollte zeigen, daß sie ohne Rücksicht auf die Folgen ihre Kahlschlagssanierungspolitik durchzieht, daß sie jeden Widerstand unterdrücken will. Das konnte ihr nur gelingen, weil die direkt betroffenen, die HDW- und AG-Weser-Kollegen alleine blieben. Es kam eine breite Welle der Solidarität und Unterstützung, spontan aus Betrieben und Stadtteilen. Doch wo blieb die organisierte Unterstützung der IG Metall? Wo blieb ihre materielle und Aktionsunterstützung? Während sich die Hamburger Ortsverwaltung einsetzte — vom Bundesvorstand kam nicht mal eine Solidaritätsadresse.

Welche Bedeutung und Kraft hätte aus diesem Kampf entfaltet werden können, wenn sich die gesamten Werften dem Kampf durch Aktionen angeschlossen hätten. Das wäre die Aufgabe der Organisation gewesen. Deshalb sind jetzt klare Beschlüsse vom Gewerkschaftstag der IGM für konsequente Kampfmaßnahmen gegen Arbeitsplatzvernichtung gefordert!

Die Entwicklung „wirtschaftlicher" Konzepte und allgemeine Subventionen zur „Rettung der Schiffbauindustrie" helfen da nicht weiter. Lange genug ist damit nur Kapazitätsabbau, sprich Arbeitsplatzvernichtung erreicht worden.

Deshalb müssen die eindeutigen Forderungen auf den Tisch:

- Keiner Entlassung darf zugestimmt werden!
- Subventionen nur bei garantierter Arbeitsplatzerhaltung, Kontrolle durch den Betriebsrat!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Mit diesen Forderungen können die Kahlschlagskonzepte verhindert werden, mit diesen Forderungen kann und muß weit über die Werft- und Stahlarbeiter hinaus mobilisiert werden. Nur mit der vereinten Stärke der Arbeiterbewegung können diese Konzepte gekippt werden.

Neun Tage Besetzung der HDW — das war auch ein Stück wahre Demokratie. In unserer Gesellschaftsordnung in der BRD dürfen die Werktätigen alle paar Jahre ein Kreuz machen, damit ihnen dann die Gewählten (die Kohl, Stoltenberg, Dohnanyi und Co.) ordentlich das Fell über die Ohren und das Geld aus der Tasche ziehen können, damit diese Gewählten die Entscheidungen fürs Kapital treffen dürfen. Um im Betrieb entscheidet sowieso — ungekreuzt und ungewählt — das Kapital.

Was dabei herauskommt, wenn man dem Kapital und der Regierung die Entscheidungen überläßt, das müssen die Arbeiter ausbaden: Arbeitsplatzvernichtung, Arbeitslosigkeit, Krise, Rüstungswahnsinn und Sozialabbau etc. Die neun Tage Besetzung haben auch bewiesen, es geht auch ohne die Kapitalisten, und ohne sie geht es anders. Neun Tage lang wurden alle Entscheidungen gemeinsam getroffen, es wurde in der Kantine offen diskutiert und abgestimmt. Über die notwendigen Maßnahmen wurde direkt entschieden, wie auf die Drohungen und Forderungen des Vorstandes zu reagieren sei. Die Ordnung und Disziplin wurden frei verantwortlich aufrechterhalten. Diese Erfahrung kann nicht ausgelöscht werden. Wir Kommunisten sagen, daß das Chaos der Produktion, Krise, Arbeitslosigkeit, Elend der vielen und Reichtum der wenigen erst dann beseitigt werden kann, wenn die Arbeiter wirklich die Macht haben. So wie in den Tagen der Besetzung im Betrieb, so auch in der ganzen Gesellschaft. Was immer andere darunter verstehen mögen. Sozialismus ist mehr als Modelle zu übernehmen. Sozialismus gibt es nur dann, wenn auch real die Arbeitermacht existiert, wenn Streikrecht und wirkliche Demokratie garantiert sind.

Bilder aus Bonn

Über Hunderttausend Stahl- und Werftarbeiter demonstrierten



1. Massenhaft verteilt — das „Roter-Morgen"-Extrablatt

2. Mit Pauken und Trompeten — IG Metaller kommen auf den Kundgebungsplatz

3. Gemeinsam — ein deutscher und ein türkischer Arbeiter

4. Die Dortmunder Stahlarbeiter. Ganz rechts (in Marschrichtung links) mit Megaphon der RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon

5. Ärger gab es um dieses Transparent, dessen Aufstieg von einigen antikommunistischen Ordnern verhindert wurde

6. So kann man es auch sehen: Eigentum verpflichtet — zu nichts!

7. „Nach der Wende nun das Ende?" — auch viele Lehrlinge waren in Bonn dabei

8. „Solidarität mit den kämpfenden Werftarbeitern" — diese Parole sah man oft in den kilometerlangen Marschsäulen

9. Galgenhumor — ein Transparent von Arbeitern eines gefährdeten Betriebs

10. Mit die ersten auf dem großen Platz waren die kämpferischen Bergarbeiterfrauen aus Dortmund

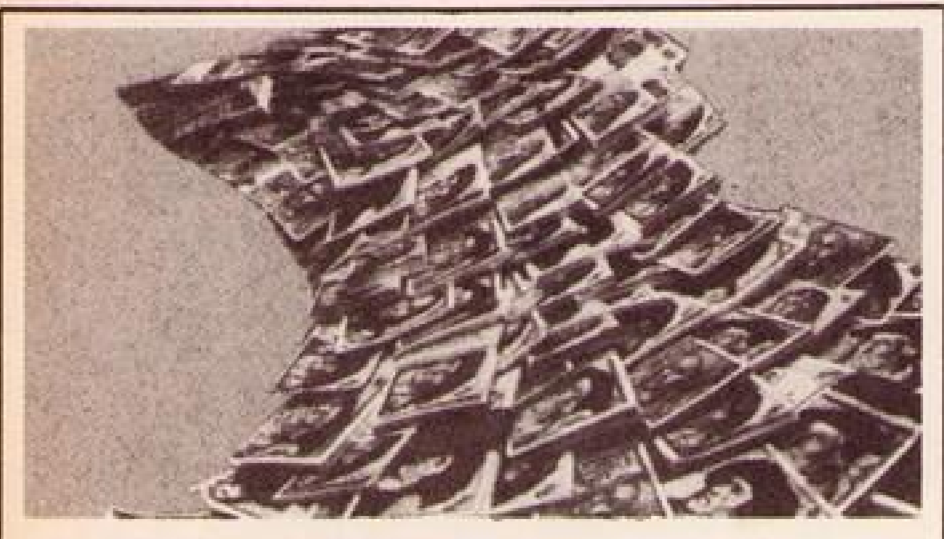
11. Die Spitze des Zugs der Klöckner-Hütte Bremen. Die Arbeiter machten sich lautstark bemerkbar


Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft KPD
5
Besuchen Sie Krupp Thomée „Werdohl" solange es noch „lebt"
9
– zu nix !
DER WENDE
DAS ENDE ?
BERGARBEITERFRAUEN GEGEN ZECHENSTILLEGUNGEN
10
11

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zigmal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel auszufüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.
Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.
Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.



Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch widerruflich monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....
....

Bankleitzahl ....
durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

....
(Name, Vorname, genaue Anschrift)

....
Ort, Datum Unterschrift

Spendenliste

In der letzten Woche sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

	DM
H.W., Bremen	300,—
B.V., Duisburg	100,—
J.V., Duisburg	101,—
Zelle DuZ, Duisburg	50,—
A., Bochum	30,—
E. u. W.A., Müden	100,—
Demag-Zelle, Dortmund	300,—
Zelle Gaarden	200,—
R.C., Lingen	10,—
insgesamt	**1191,—**

Damit sind bisher 18552,95 DM an Spenden für den Roten Morgen bei uns eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

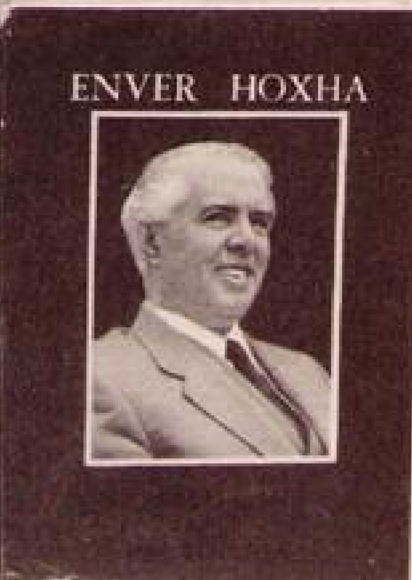


Sonderverkaufsaktion vom 1. September — 30. November 1983

ENVER HOXHA
Die Chruschtschowianer
Erinnerungen

ENVER HOXHA
EUROKOMMUNISMUS IST ANTIKOMMUNISMUS





Super-Angebot Nr. 1

Alle Bücher zusammen für nur
50,— DM

Super-Angebot Nr. 2

Aus dem aufgeführten Sortiment vier Bücher Ihrer Wahl für
20,— DM

Am 16. Oktober 1983 begeht der Genosse Enver Hoxha seinen 75. Geburtstag.
Aus diesem Anlaß bieten wir — sozusagen als Geburtstagsgeschenk an unsere Leser — die deutschsprachigen Werke des Genossen Enver Hoxha zu besonderen Werbungspreisen an.

E. Hoxhas Werke

	Ladenpreis:	
1. Die Chruschtschowianer	17,— DM	(Leineneinband)
2. Anglo-amerikanische Machenschaften	" 19,80 DM	(Leineneinband)
3. Eurokommunismus	" 9,80 DM	(Paperback)
4. Begegnungen mit Stalin	" 8,80 DM	(Paperback)
5. Betrachtungen über China Bd. I	" 14,— DM	(Paperback)
6. Betrachtungen über China Bd. II	" 14,— DM	(Paperback)
7. Bericht an den 8. Parteitag der PAA	" 5,40 DM	(Paperback)
8. Imperialismus und Revolution	" 9,80 DM	(Paperback)
9. Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus	" 12,— DM	(Ledereinband)
10. Ausgewählte Werke Bd. I	" 23,80 DM	(Ledereinband)
11. Ausgewählte Werke Bd. II	" 23,80 DM	(Ledereinband)
12. Die Titoisten	" 16,— DM	(Leineneinband)



Wir wollen (k)leben ...

Kleber gegen die Kriegsvorbereitungen vom Verlag Roter Morgen:
- *NATO bedroht dein Leben — Neutralität!*
- *Nachrüstung — TODsicher*

Pro Stück jetzt nur noch 10 Pfennig!
Bestellen bei:
Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.



Fußball ja - Nazis nein!

Brennt Kreuzberg am 26. Oktober? Wenn es nach den Neonazis geht — „Kreuzberg brennt“ ist eine der Parolen, mit denen besonders die ANS des bekannten Terroristen Michael Kühnen die Nazi-Banden im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin aufgerufen hat, sich in Westberlin zu sammeln, um „es den Türken zu zeigen“. Gewalt und Terror sind angesagt.

Warum? Weil an diesem Tag das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei stattfindet! Zahlreiche sogenannte Fanclubs, in denen in Wahrheit militante Nazis das Sagen haben, bereiten sich schon auf die große Schlacht vor.

Das ist eine Herausforderung an deutsche und ausländische Antifaschisten — und besonders an deutsche Fußballfans, denen es wirklich um Sport geht.

Am 26. Oktober in Berlin müssen Zeichen deutsch-ausländischer Solidarität und wirklicher Sportsfreundschaft gesetzt werden!

Zwei Beispiele dafür, wie im Vorfeld des 26. Oktober nicht gegen „die Türken“, sondern gegen die Nazis Stimmung gemacht wird, wollen wir hier vorstellen.

Zum Glück finden sich auch immer wieder Sportler, die sich aktiv und im positiven Sinne in das politische Geschehen einschalten, in dem ihr Sport nun einmal stattfindet und von dem er, man mag das bedauern oder nicht, nicht zu trennen ist. (Man denke an die zahlreichen Aktionen gegen den verordneten Olympia-Boykott.)

Auch in Österreich...

Die Neonazis zählen Österreich zu „Großdeutschland“, nennen es „Ostmark“, haben gute Verbindungen zu Gesinnungskumpanen dort.

Und die Methoden ähneln sich:

Auch in Österreich versuchen Nazis, bei Fußballfans Fuß zu fassen. So wurde der Fall eines 24jährigen Wieners bekannt, der in der Nazi-Zeitung „Halt“ berichtet hatte, wie er 63 junge Anhänger des Vereins Rapid Wien anwarb. Die Jugendlichen wurden in Schulungslager gebracht, wo sie paramilitärisch ausgebildet wurden und Nazi-Lieder einübten. Ihren Werber nannten sie „Hauptsturmführer“.

Ein Unterschied zu Westdeutschland: Der Mann wurde sofort nach Bekanntwerden dieser Fakten durch die Veröffentlichung in „Halt“ wegen „nationalsozialistischer Wiederbetätigung“ festgenommen.

An alle Fußball-Fans wandte sich zum Beispiel der Nationalspieler Lothar Matthäus dieser Tage mit einem Aufruf, der in der Zeitschrift „elan“ (Magazin der SDAJ) veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

„Liebe Fußballfans!

In einigen Städten der Bundesrepublik haben Neonazis Flugblätter verteilt undFans aufgefordert, zum Spiel Bundesrepublik Deutschland — Türkei am 26. Oktober nach West-Berlin zu fahren. ‚Ausländer raus. Werft die Ausländer raus aus Deutschland. Nur Gewalt kann uns noch befreien. Wir müssen den Anfang machen.‘ Das steht in ihren Flugblättern. Sie sollen während und nach dem Spiel mit Überfällen auf ausländische Fußballfans Angst und Schrecken verbreiten.

Als Nationalspieler rufe ich alle Fans auf:

Geht den Neonazis nicht auf den Leim!

Angebliche Fan-Clubs wie ‚Zykon B‘, ‚Borussenfront‘, ‚Adlerfront‘ oder ‚Löwen‘ wollen nur eins: Terror machen. Solche ‚Fan-Clubs‘ haben keinen Platz in unseren Stadien. Das hat nichts mehr mit Fußball zu tun. Diese ‚Fans‘ wollen nicht das Spiel sehen. Ihnen ist der Fußball ganz egal. Sie wollen nur die Begeisterung vieler Fans ausnutzen für ihre miesen Ziele.

Die türkischen Mitbürger in der Bundesrepublik haben genauso ein Recht, hier zu leben, wie jeder andere. Sie haben oft seit Jahrzehnten hier gelebt und gearbeitet — mit ihrer Arbeit haben sie zum Wohlstand in unserem Land beigetragen. Sie haben keine Schuld an der Arbeitslosigkeit. Wir Spieler auf dem Rasen werden ein faires Spiel zeigen. Wir wollen gewinnen. Ich rufe alle Fans auf, faire Zuschauer zu sein, unsere Mannschaft anzufeuern, aber auch die türkischen Fans ihre Mannschaft anfeuern zu lassen. Nur so können wir auch in Zukunft noch Fußball spielen. Für Neonazis und Schläger ist da kein Platz.

Mit sportlichem Gruß
Lothar Matthäus
Fußball-Nationalspieler“

Sicher ist solch ein Appell eines Nationalspielers ein wirksames Mittel, um Fußballfans anzusprechen.

Warum eigentlich gibt es keine offizielle Erklärung des DFB dazu — die Pläne der Neonazis sind doch allen bekannt? Hier täte eine direkte öffentliche Distanzierung not!

Ein weiteres Beispiel dafür, den Nazi-Umtrieben unter den Fußballfans entgegenzutreten, gab dieser Tage die Dortmunder Volksfront-Gruppe mit einem Flugblatt, das denselben Titel trägt wie dieser Artikel: „Fußball ja — Nazis nein!“

In Dortmund ist die „Borussenfront“ aktiv, ein 44 Leute starker Trupp, der eindeutig von gewalttätigen Nazis beherrscht wird und sich vor allem in Schlägereien gegen Ausländer hervortut. Auch von der „Borussenfront“ bestehen Verbindungen zur ANS, einige Bandenmitglieder tragen die „Odalsrune“ zur Schau.

Nach den jüngsten Gewalttaten vor einigen Wochen (der RM berichtete) haben sich Dortmunder Antifaschisten zusammengetan, um etwas dagegen zu unternehmen. Die Volksfront leistet eigene Beiträge dazu, wie mit diesem Flugblatt, das ausführlich über die „Borussenfront“ informiert, Zusammenhänge aufzeigt zu den vielfältigen anderen Nazi-Umtrieben in der Stadt und Hintergrundaufklärung bietet — „Blutige Spuren nach Hamburg und Bonn“, zu Kühnen von der ANS und zu Friedrich Zimmermann von der CSU, dessen Ausländerpolitik und allgemeiner Rechtskurs das ideale Klima für Faschistenumtriebe schafft.

Um dazu beizutragen, die „Borussenfront“ ins Abseits zu stellen, hat sich die Volksfront-Gruppe an verschiedene politische und gewerkschaftliche Kräfte und Organisationen gewandt und zu einem Treffen eingeladen. Sie hat auch die gerade neugewählte Vereinsführung aufgefordert, öffentlich gegen die „Borussenfront“ Stellung zu nehmen und ihr — wie das der BVB-Fanclub bereits vor einigen Wochen forderte — Stadionverbot zu erteilen.

Zum 26. Oktober heißt es in dem erwähnten Flugblatt:

„Ausländer raus, bevor der Volkszorn erwacht‘ und ‚Kreuzberg brennt‘ — unter diesen Losungen mobilisieren die militanten Nazi-Gruppen auf Initiative des ANS-Führers Michael Kühnen zu faschistischen Aktionen während des Europameisterschafts-Qualifikationsspiels BRD — Türkei am 26.10. in Westberlin. Gerade die Nazi-‚Fanclubs‘ wollen dort in voller Streitmacht aufmarschieren.

- *Wir fordern:*

Das Nazi-Treffen muß verboten und gegebenenfalls zerschlagen werden!

Wir rufen auf zum Protest und Widerstand!

Deutsche Sportsfreunde — schützt die türkischen Fans!!!

Klar, daß in Dortmund auch Genossen der KPD gegen die „Borussenfront“ und die Nazi-Umtriebe überhaupt aktiv sind.

Wir rufen unsere Leser auf, wo immer die Möglichkeit besteht, mitzuhelfen, den Nazis am 26. Oktober eine Abfuhr zu erteilen. Besonders in Westberlin selbst.

Natürlich kann nicht jeder nach Westberlin fahren. Aber denkbar wären auch Aktionen in anderen Städten an diesem Tage, die auf das Problem aufmerksam machen. Auch jetzt schon kann man an anderen Orten aktiv werden und an dem Terror-Aufruf der Nazis anknüpfend aufklären und mobilisieren. Wo Verbindungen zu Sportvereinen, Sportlern usw. bestehen bzw. sich herstellen lassen, kann man das ausnutzen, man kann dann um so besser auch an die örtliche Presse herantreten u. a. m.

Es ist im übrigen durchaus denkbar, daß die Neonazis selber am 26.10. auch nicht nur in Berlin aktiv werden wollen, sondern auch an anderen Orten ausländerfeindliche Aktionen starten. Es gilt also, wachsam zu sein.



Mitglieder der „Borussenfront“ auf der Fahrt zu einem Auswärtsspiel

Fußball ja — Nazis nein!

Stoppt den Terror der „Borussen-Front“!

- Am 10. September wurde in Hörde ein 20jähriger Mann von einer Nazi-Bande durch mehrere Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Ein Unterschlupf der Nazis ist eine Wohnung in der Wellinghofer Str. 101, die mit faschistischen Symbolen

- Am 28. August schlugen Anhänger der „Borussen-Front“ im Dortmunder Norden fünf türkische Mitbürger krankenhausreif. Bereits vorher hatten sie zwei Gaststätten zerstört, später am Abend zerschossen sie die Fensterscheibe eines türkischen Anwohners.
- Das war nur der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Gewalttaten dieser „Front“, bei der „Borussia“ mit den SS-Runen der Nazi-Massenmörderorganisation geschrieben wird, die sich „Fußball-Fanclub“ nennt, aber im Kern eine terroristische Neonazi-Truppe ist.
- Stammlokal und bekannter Ausgangspunkt für die Terroraktionen der „Borussen-Front“ ist das Lokal „Grobschmied“ in der Stahlwerkstraße.

Schluß mit den

Ein Flugblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg aus Dortmund

Die Aufforderung zum Terror:

RUNDSCHREIBEN
An alle deutsche Fussball-Fans!

Am 26. Oktober 1983 steht dem deutschen Volke der Kampf gegen das stinkende Tuerkenpack bevor. Dann naemlich, wenn die deutsche Fussballnationalmannschaft gegen die scheiss Tuerken in Berlin um Punkte fuer die Europameisterschaftsqualifikation antritt. Dieses Spiel muss Signal fuer das gesamte Volk Deutschlands, und vor allem fuer die Politiker unseres Staates sein. Hinter diesem Spiel steht besonders der Kampf der Deutschen um Arbeitsplaetze im eigenenLand und der Wille eines Jeden in Deutschland unter deutschen Landsleuten zu leben und nicht mitansehen zu muessen, wie eine immer groesser werdende Auslaenderzahl die Zukunft eines starken Deutschlands gefaehrdet. Wir — zum Teil jugendliche Fussball-Fans — muessen uns erheben und gemeinsam Front machen gegen die Auslaenderschwemme (speziell Tuerken) in Deutschland. Die Fehler der damaligen Auslaenderpolitik muessen wir heute ausbaden, wenn wir vor dem Arbeitsamt Schlange stehen. Darum AUSLAENDERSTOP und AUSLAENDER RAUS. Schluß mit der großen Schlange deutscher Arbeitsloser vor den Arbeitsaemtern. Nur Gewalt kann uns noch befreien. Werft die Auslaender raus aus Deutschland. Wir muessen den Anfang machen!
Egal welcher Verein: Auf nach BERLIN, am 26. Oktober 1983 zum KAMPF gegen die KANACKEN!!!
Im Namen aller DEUTSCHEN: Die Fans von Hertha BSC Berlin

Dieses Hetzflugblatt wurde nicht nur in Westberlin verteilt. In Paderborn zum Beispiel brachten es Anhänger des 1. FC Kaiserslautern und der Bielefelder Arminia unter die Leute.

Antifaschistische Demonstration in Westberlin?

Vorschlag des Koordinationsbüros Frankfurter Appell

Die Kölner Tagung von Initiativen und Parteien, die gegen Ausländerfeindlichkeit aktiv sind, befaßte sich auch mit den Terror-Plänen der Nazis am 26.10. Die Konferenz, die für die zukünftige Arbeit der Initiativen die verbindende Losung „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze! Ausländer und Deutsche — Gleiche Rechte!“ verabschiedete, die bei verschiedenen bundesweit abgestimmten Aktionen in der nächsten Zeit von allen benutzt werden soll, wandte sich mit einem Schreiben an die Alternative Liste Westberlin, die auf diesem Treffen nicht vertreten war. In diesem Schreiben heißt es unter anderem:

(...) Einer der Tagesordnungspunkte des letzten Treffens war (...) der bundesweite Aufruf neonazistischer Gruppen nach dem Länderspiel am 26. Oktober einen Marsch auf Kreuzberg zu veranstalten. Leider fehlten uns, wegen eurer Abwesenheit die aktuellsten Informationen insbesondere über geplante Gegenaktivitäten. Telefongespräche nach Berlin und Hamburg ergaben, daß von eurer Seite noch keine konkreten Sachen geplant sind und ansonsten verschiedene Gruppen diskutieren ins Stadion zu gehen, ausländische Läden etc. zu schützen (?) und ein alternatives Fußballspiel am Wochenende davor durchzuführen. Aus diesen Informationen heraus entwickelte sich folgende Diskussion:

- Die Aktionen dieser bundesweiten faschistischen Bewegung, die in Berlin zentral zum Zuge kommen sollen, dienen aus der Sicht der Neo-Nazis letztlich nicht den angegriffenen ausländischen Läden, Vereinen, Initiativen. Diese dienen nur als „Aushängeschilder“ für die generelle Anwesenheit der Immigranten in der BRD.

Was vielmehr erreicht werden soll, ist eine weitere Einschüchterung aller Ausländer/innen. Provokationen dieser Art und ihre anschließende Diskussion in der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und den Medien werden einmal mehr zum Ausdruck bringen, wie die Ausländerfeindlichkeit wächst. Erreicht werden soll, daß Ausländer/innen verstärkt aus Angst und Resignation und alleingelassen mit den Gefühlen der Isolation und Ohnmacht die BRD verlassen, und soweit sie hierbleiben im Betrieb und bei öffentlichen Mobilisierungen gegen die ökonomische, soziale und politische Krise „den Mund halten“.

- Daher halten wir es für politisch richtig und wichtig, ähnlich wie es bei der Mobilisierung gegen die „Konservative Aktion“ lief, den Neonazis eine große Kundgebung oder Demonstration entgegenzusetzen, mit der wir die Straßen Kreuzbergs als „demokratische Öffentlichkeit“ erobern und zwar auch im Sinne eines Aufschreis gegen die staatlich verordnete Ausländerfeindlichkeit der Regierung.

- Wir halten es für wichtig, daß gerade möglichst viele Deutsche und andere Nationalitäten vertreten sind. Bei „individuellen“ Prügeleien zwischen „Deutschen“ und „Türken“ erreichen die Nazis ihr Ziel nichtsdestotrotz. Diese Konfrontation würde das Problem wieder mal zu einem „Türkenproblem“ herunterkochen, was etwas anderes wäre, als eine Konfrontation zwischen einer „linken Mehrheit“ und einer „faschistischen Minderheit“.

Natürlich liegt die letzte Entscheidung über die **möglichen** und notwendigen Aktionsformen ganz und gar in Berlin. Wir verstehen diesen Brief also als einen solidarischen Beitrag zur Diskussion. (...)



Nationale Aktivisten

Reinhard Golibersuch
Gottschedstr. 57
1000 Berlin 65
030/4658337

Großberlin

Liebe Kameraden,

im Oktober dieses Jahres findet im Berliner Olympiastadion das Fußballänderspiel Deutschland - Türkei statt.
Zu diesem Anlaß ist eine Veranstaltung der Nationalen Aktivisten Großberlin geplant, die am Abend vorher stattfinden wird. Zu dieser Veranstaltung werden auch die führenden Vertreter der Aktionsfront Nationaler Aktivisten (ANS/NA) erwartet. Alle Kameraden, die daran teilnehmen wollen, werden hiermit gebeten mir diese Absicht bis zum

15. September 1983

schriftlich mitzuteilen da aus rechtlichen Gründen Einladungen verschickt werden müssen. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich!

i.A. Nationale Aktivisten Großberlin
Der Kameradschaftsführer

Das Rundschreiben der ANS/NA, das innerhalb der terroristischen Neonazi-Szene kursierte

Nach drei Jahren Militärdiktatur in der Türkei

Die Generäle bestimmen, wer ins Parlament darf

Wahlfarce am 6. November

In Kürze finden in der Türkei Wahlen statt. Ein erster Schritt auf der von vielen beschworenen Demokratisierung des Landes, das seit dem 12. September 1980 unter einer Militärdiktatur leidet?

Bestimmt nicht — das geht nicht nur aus den Reden des Staatspräsidenten, des Chefs der Militärjunta, Evren, hervor, der noch am 14. Mai deutlich machte, daß nur „diejenigen Parteien zugelassen werden", die „aufrichtig an die Operation des 12. September glauben und die nicht sagen, daß diese Operation falsch gewesen sei."

Führende frühere Abgeordnete türkischer konservativer und sozialdemokratischer Parteien haben kürzlich einen Brief aus einem Internierungslager in Istanbul herausgeschmuggelt, in dem auch sie sagen, daß die angekündigten Wahlen vom 6. November „Betrug" seien und zu den großen Erwartungen vieler westlicher bürgerlicher Politiker in diese Wahlen schreiben sie anklagend: „Der Westen applaudiert Evren, bis seine *Hand rotgeklatscht sind*". Ein Blick auf die gesetzlichen Grundlagen der Wahlen allein macht diese Wahlen schon zur Farce. Es dürfen sich in der Türkei nur Parteien konstituieren, die den Segen der Militärs haben. Und ob die dann überhaupt an Wahlen teilnehmen dürfen, entscheiden wiederum nur die Militärs.

Alle Parteifunktionäre werden vom Geheimdienst MIT kontrolliert, wer die Generäle in der Vergangenheit kritisiert hat, oder wer andere politische Überzeugungen hat, ist chancenlos. Überwiegend bilden pensionierte Militärs, Unternehmer und Bürokraten die „neue Garde" der türkischen Parteien, sie darf man wohl zu Recht als Marionetten der Militärs bezeichnen.

Trotz dieser auserwählten Leute, die die Erlaubnis haben, politische Funktionen auszuüben, sind den Parteien noch viele Beschränkungen auferlegt. Sie dürfen weder Frauen- noch Jugendorganisationen bilden, keine politischen Verbindungen zu Gewerkschaften oder religiösen Organisationen haben. Vor allem ist es ihnen per Gesetz untersagt, Entscheidungen und Bekanntmachungen des Nationalen Sicherheitsrates, die Reden des Staatspräsidenten Evren, sowie die Kriegsrechtsgesetzgebung zu diskutieren, geschweige denn zu kritisieren.

Und dazu hat die gültige Verfassung der Türkei allen Eventualitäten vorgebeugt. Heißt es im Artikel 28 die Presse sei „frei", „Zensur findet nicht statt", so gibt es ellenlange Ausführungsbestimmungen, die alles wieder — im Sinne der Diktatur — klarstellen: Aufgabe des Staates ist dann z.B.: „Verhinderung von unwahren und verfrühten Nachrichten, die das wirtschaftliche Leben beeinflussen..."

Zu praktisch jedem Gesetz gibt es solche Zusätze. Die Rechte der Gewerkschaften sind faktisch total erloschen, Streiks für politische Ziele sind illegal, können zur sofortigen Auflösung von Gewerkschaften führen. Arbeitsplatzbesetzungen, zu langsames Arbeiten oder Tätigkeiten, die zu einer Produktionssenkung führen, stehen unter Strafe, die Arbeiter und



Die Junta

Angestellten des öffentlichen Dienstes dürfen überhaupt nicht streiken.

Geändert können diese ganzen Verfassungsartikel nicht mehr werden. Als Verfassungsrecht, so ein Zusatzartikel in der Verfassung selbst, können sie weder durch das Verfassungsgericht noch durch die Große Nationalversammlung, die jetzt gewählt wird, außer Kraft, oder auch nur geändert werden. Also wird sich — soviel ist sicher — durch diese Wahlen nichts ändern, die Macht der Militärs bleibt unangetastet. **Die Hoffnungen auf Demokratisierung, die hier geweckt werden, sind nach diesen — international bekannten — Informationen nichts anderes als der Versuch, das Spiel der Militärs zu unterstützen, die sich durch ein Scheinparlament ein demokratisches Äußeres geben wollen.**

Man braucht sich nur die Vorgeschichte der Novemberwahlen anzuschauen, um auch jedes bißchen Glauben an eine echte Änderung in der Türkei zu verlieren. Zugelassen, nach den oben beschriebenen Bedingungen, wurden fünf Parteien in der Türkei. Nur drei von ihnen dürfen sich an dem Wahlspielchen im November beteiligen. Vorher wird jeder einzelne Abgeordnete überprüft und — genehmigt oder abgelehnt, von den Militärs natürlich. Von ursprünglich 1675 aufgestellten Kandidaten sind mittlerweile 672 abgelehnt worden, die Überprüfungen dauern noch an. Jede der drei zu den Wahlen zugelassenen Parteien hatte rund 400 Kandidaten aufgestellt, dazu kamen noch 475 unabhängige Kandidaten. Die unabhängigen, die sich nicht ins Wahlspiel der Militärs einordneten, wurden bis auf 47 Kandidaten nicht zugelassen. 428 Kandidaten wurden ohne Begründung von den Militärs gleich zu Beginn des Wahlspektakels disqualifiziert. Denn es ist schon jetzt deutlich, wie die Militärs ihr neues Parlament besetzen wollen. Die (Mitte rechts) Partei „Popullistische Partei" des Necdet Calp soll die Opposition übernehmen: ihr wurden nur 89 von 400 nominierten Kandidaten gestrichen. Die für die Führungsrolle im Parlament ausersehene „Nationalistische Demokratische Partei" des Ex-Generals Turgut Sunalp bekam zwar auch 74 Kandidaten gestrichen, aber sicher nur, um dem Vorwurf der „Unausgewogenheit" zu begegnen. Diese Partei ist der ausgesprochene Favorit der Militärs.

Erstaunlicherweise ist eine dritte Partei recht glimpflich bei den Kandidatenstreichungen der Militärs weggekommen. Die „Vaterlandspartei" des ehemaligen Chefökonomen der Türkei, Turgut Özal. Erst 81 Kandidaten wurden ihm gestrichen. Noch wollen Gerüchte wissen, man werde ihm bis zum Ende der Frist 200 bis 300 Kandidaten streichen — möglich ist aber auch, daß der bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler mit seiner Partei massive indirekte Unterstützung aus westlichen Kreisen bekommt, die in Özal so etwas wie einen „vernünftigen" Marktwirtschaftler sehen, der gut das Erbe der Diktatoren antreten könnte.

Wahrscheinlich werden also weniger als 1000 Kandidaten für die 400 zu vergebenden Parlamentssitze kandidieren. Die wenigen „Unabhängigen", unabhängig mit Genehmigung der Militärs, werden keinerlei Rolle spielen können, selbst wenn sie alle gewählt würden. Wunsch der Militärs ist ein Zwei-Parteien-System, die einzige „Spannung" in der Wahl wird das Abschneiden der Özal-Partei sein, **die aber auch nur für eine etwas andere Politik der Unterdrückung, des nationalen Ausverkaufs und der völligen Unterwerfung unter NATO- und US-Kriegsstrategie steht.**

Und für diese Politik werden woanders die Weichen gestellt, wird woanders alles klargemacht. **Die Türkei als Ordnungsmacht des Westens im Nahen Osten, strategisch bedeutende Bastion sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber dem ganzen Nahen Osten und den Golf-Staaten.**

Nach dem Sturz des US-abhängigen Schah-Regimes im Iran wird die Türkei immer mehr Vorposten und Bollwerk der NATO und der USA. Damit diese neue Rolle auch problemlos durchgeführt werden kann, nur darum ist die Junta an der Macht — im Sinne des westlichen Imperialismus, im Auftrag der NATO und ihrer Führungsmacht USA. In dieser Politik spielt die Bundesrepublik als hauptsächlicher europäischer „Partner" der Türkei eine entscheidende, eine besonders üble Rolle. Ein gigantisches Aufrüstungsprogramm für die verbrecherische türkische Armee, wird zu einem nicht geringen Teil von Bonn finanziert. Damit wird den Militärs nicht nur die Macht gegeben, sich weiter mit Waffengewalt gegenüber den Völkern der Türkei zu behaupten, wird auch der türkischen Armee klar Rückendeckung für Ausfälle, wie zuletzt gegenüber dem Irak, gegeben. Denn das liegt klar auf der NATO-Linie, die vorsieht, im Falle der Gefährdung der Interessen des westlichen Imperialismus mit einer „schnellen Eingreiftruppe" auch im Nahen Osten aktiv zu werden.

So bekommen die Generäle in Ankara in den nächsten zwei bis drei Jahren jährlich mindestens 400 Millionen Dollar aus den USA, 130 Millionen Dollar aus Bonn mit dem Versprechen, die Beträge zu erhöhen. Seit Herbst 1982 wird mit Bonner Geldern auf der Golcuk-Werft bei Istanbul ein erstes eigenes türkisches U-Boot gebaut, vorbereitet werden die Produktion kleinerer Fregatten und Patrouillen-Boote. Bei den Panzereinheiten und deren Modernisierung ist die BRD ebenfalls aktiv. Die Bundeswehr lieferte in einer ersten „Modernisierungsphase" 800 Leopard-Panzer und hilft beim Umrüsten von 1000 älteren US-Panzern auf moderne Dieselmotoren und die Ersetzung einer 90-mm-Kanone durch ein neues 105-mm-Geschoß.

Die USA liefern, wie jetzt bekanntgeworden ist, in nächster Zeit 160 hochmoderne F-16-Kampfflugzeuge und haben seit Herbst ein Abkommen mit der Türkei, das ihnen, den USA, die Erweiterung von 15 Flughäfen in der Türkei gestattet und den Bau eines neuen Flughafens vereinbart. Militärflughäfen, versteht sich, die an der Südost-Flanke der NATO Zwischenstation für die gefährliche „schnelle Einsatztruppe" sind, die eine Bedrohung für alle Völker und Staaten der Region darstellen.

Dieser kurze Auszug aus den militärischen Maßnahmen zur Aufrüstung der Türkei, zu den Plänen des westlichen Imperialismus mit diesem neuen „Frontstaat" macht deutlich, daß die Marionetten der NATO-Kriegstreiber, der USA und des CIA, nämlich die Junta-Generäle in Ankara, nie bereit sein werden, echte, wirkliche Schritte in Richtung Demokratie zu gehen. So wie das türkische Volk gegen die Diktatur kämpft, sind wir hier in der Bundesrepublik Deutschland dazu aufgerufen, die Unterstützung dieser schmutzigen Pläne durch die Regierung in Bonn zu verhindern. **Sofortiger, totaler Stopp der Türkei-Hilfe. BRD raus aus der NATO.**

Demirel an Geißler über die Junta:

„Sie verhaftet, verbietet, nimmt Geiseln, richtet und verprügelt"

Die „metall", Zeitung der IGM, klagte in ihrer letzten Ausgabe den Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, an, durch einen Brief des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Demirel von Folter an Politikern zu wissen und nichts zu unternehmen. Zunächst hieß es bei der CDU, man wisse von gar keinem Brief Demirels. Dann, als zwei Kuriere, die den Brief übergaben, sich empört über das Dementi der ehemaligen „Bruderpartei" aus Westdeutschland äußerten, gab man zu, den Brief erhalten zu haben, aber von Folter nichts zu wissen.

Zu wichtig ist der CDU der gute Kontakt zu den Generälen, als daß sie für ihre alten, ehemaligen Freunde irgendetwas tun würde, was die Junta in Mißkredit bringt..

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus dem Brief des erzreaktionären, inhaftierten Demirel an Geißler: (Hervorhebungen von uns, RM)

(...) Die Situation ist folgende: Aus drei Zimmern des Ministerpräsidentenamtes hat man drei Führer geschaffen. Diese drei Personen, aus drei Zimmern des selben Amtes, die drei Jahre lang dasselbe Amt unter Führung der Junta geleitet haben, sollten drei verschiedene Parteien gründen. Das ist eine Operette. Die Rollenverteilung wurde von der Junta übernommen. Jetzt wird die Operette auf die Bühne gebracht. Die Musik spielt die Militärkapelle. Das Bühnenbild ist eine Kaserne. Die Requisiten sind die Bajonette. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Betrug an der Demokratie.

Evrenismus ist das 83er Modell des Faschismus. In diesem System ist die Basis der Regierung die Armee. Die Partei ist nur ein Werkzeug und steht unter dem Befehl der Armee. Der Sinn der Partei ist nicht die Repräsentation einer politischen Meinung und die Möglichkeit der Teilnahme der Bevölkerung an der Regierung. Die Armee ist überall.

(...) Wer auch am 6. November gewinnen mag, der Militarismus wird an die Regierung kommen. Der Abgeordnete wird in den Militärdienst aufgenommen. Die Bajonette wird durch Wahlen zur Regierung erhoben.

Die stärkste NATO-Armee Europas will die Okkupation ihres eigenen Landes durch diese Wahlen an ihr Volk und Bündnispartner bestätigen lassen. Die Demokratie ist unsere gemeinsame Verbindung nach Westen und zur NATO. Der Schutz dieser Verbindung ist nur allein die Aufgabe des türkischen Volkes. Alle demokratischen Staaten, demokratische Partner müssen auf der Welt aus gesellschaftlichen und nationalen Interessen diese Werte verteidigen. (...)

Gegen Evrenismus wehren sich die Türken und zwar ganz alleine. **Die Junta hat sogar vor Wahlen Angst. Sie verhaftet, verbietet, nimmt 16 Politiker als Geiseln, richtet und verprügelt.**

Ihre Legitimation war die Gefahr des Kommunismus, jetzt hat sie dies aufgegeben, jetzt sind ihre Waffen falsche Anschuldigengen, Bedrohungen, Erniedrigung und Erpressung.

Solidarität mit den Hungerstreikenden im Militärgefängnis von Diyarbakir

Wir bitten noch einmal alle unsere Leser, die nebenstehend abgedruckte Protesterklärung des Solidaritätskomitees zu unterzeichnen und — auf einer Postkarte oder als Brief an den Ministerpräsidenten der Türkei zu senden. (Kopien bitte an das Komitee in Köln, Adresse auf dem Coupon).

Wir berichteten schon mehrmals über den Hungerstreik im Diyarbakir (zuletzt RM 19/83 Seite 11) und unterstützen weiter den Appell: *Verhindern Sie weitere Massaker an den Gefangenen in Dayarbakir!*

- ***Protestieren Sie gegen die unmenschliche Behandlung der politischen Häftlinge.***
- ***Fordern Sie Aufklärung über die Situation im Militärgefängnis Diyarbakir!***

Protestbriefe- und Telegramme können auch an folgende Verantwortliche gerichtet werden:
Präsident Kenan Evren, Ankara, Türkei
und
Diyarbakir Sikiyönetim Komutangli (Kriegsrechtskommandantur in Diyarbakir/Türkei).

An Ministerpräsindent
Bülent Ulusu
Ankara/TÜRKEİ

Seit dem 2. September 1983 befinden sich fast alle Gefangenen im Militärgefängnis Diyarbakir im Todesfasten und Hungerstreik.
Hiermit protestieren wir die Praktiken ihrer Regierung und Gerichten, dennen die Gefangenen ausgesezt sind und fordern die sofortige Erfüllung der Forderungen der Gefangenen, damit ihr Leben gerettet werden kann.

Adresses-Datum-Unterschrift

Nr: Solid. Kom. mit den. Todesfastenden im Militär gefängnis Diyarbakir
Ebertplatz 12 5000 KÖLN 1-BRD

Nordirland: Massenausbruch von IRA-Gefangenen

Am Sonntag, den 25. September gelang 38 politischen Gefangenen der IRA die Flucht aus dem Belfaster „Maze"-Gefängnis.

Die britischen Besatzer organisierten nach dem Ausbruch die größte Menschenjagd in Nordirland seit Ende des letzten Krieges. Tausende Soldaten durchkämmten systematisch Städte und Dörfer. Zwar gelang es den Soldaten einige Häftlinge wieder zu verhaften, dem Großteil ist die Flucht jedoch geglückt.

Wie die revolutionäre irische Partei Sinn Fein jetzt bekanntgab, wurden nach dem Ausbruch im Gefängnis mindestens 40 politische Gefangene mißhandelt. Die Häftlinge seien gezwungen worden, Schuhe und Strümpfe auszuziehen und wurden geprügelt. Weiter seien Hunde auf Häftlinge losgelassen worden. 17 Häftlinge sind nach Angaben der Sinn Fein gebissen worden. Die Häftlinge seien nicht ärztlich behandelt worden, hieß es ferner.



Menschenjagd in Nordirland



Beirut im September 1983

Waffenstillstand im Libanon

Die Probleme bestehen weiter

Nach dem die kämpfenden Parteien des Libanon einen Waffenstillstand vereinbart haben und das Kabinett Wassan zurückgetreten ist, herrscht weiterhin eine gespannte Lage im Libanon. Unverändert massiv stehen französische und amerikanische Truppen in und vor Beirut, unverändert will Staatspräsident Gemayel seine Macht behaupten.

Unter Kontrolle neutraler Beobachter, so sieht die unter saudiarabischer Vermittlung zustandegekommene Vereinbarung vor, soll das Feuer von allen Seiten eingestellt werden. Weiter soll ein Ausschuß aus Vertretern der libanesischen Armee, der christlich-konservativen „Libanesischen Front", der von den Drusen beherrschten „Nationalen Rettungsfront" und der schiitischen „Amal"-Bewegung die genauen Modalitäten der Waffenruhe festlegen. Ziel der Vereinbarung ist außerdem eine „Dringlichkeitskonferenz zur Einleitung der nationalen Aussöhnung" einzuberufen, an der Vertreter der kämpfenden Parteien, der Staatspräsident und Parlamentarier teilnehmen sollen.

Die Hoffnungen, über die erwähnten Schritte die Konflikte im Libanon zu lösen, können nicht allzu groß sein. Schon hat der Staatspräsident Amin Gemayel erwogen, gegen die Drusen vorzugehen, die in den von ihnen beherrschten Gebieten bis kurz vor Beirut nicht militärisch die Macht behaupten, sondern auch beginnen eine zivile Verwaltung aufzubauen.

Drusen-Führer Walid Dschumblatt begründet diese Schritte damit, daß er sich gezwungen sehe, „den Rahmen für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung" in den vom Bürgerkrieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten abzustecken.

Dies sei, so Dschumblatt, aber noch lange nicht die endgültige Aufsplitterung des Libanon in verschiedene Kleinstaaten. Eine der wesentlichsten Forderungen des Drusenführers — auch an die anstehende nationale Konferenz — ist die vollständige Entkonfessionalisierung des politischen Lebens im Libanon. Denn immer noch gilt der ungeschriebene Nationalpakt aus dem Jahre 1943. In diesem Nationalpakt war ein religiöses Proporzsystem vereinbart worden, wonach alle Ämter im Staat zwischen Christen und Moslems im Verhältnis sechs zu fünf zugunsten der Christen besetzt werden müssen. Mal abgesehen davon, daß eine solche Regelung von völlig falschen Positionen aus die staatliche Verwaltung regelt, undemokratisch und auf Dauer extrem spalterisch ist und die Gräben zwischen den Religionen nur vertieft hat, gibt es ein weiteres Argument für die Revision dieses Paktes. Es gilt als sicher, daß mittlerweile die Moslems die Mehrheit der Bevölkerung bilden — die Voraussetzungen des Paktes sind gar nicht mehr gegeben.

Bei aller Anerkennung der Bedeutung der religiösen Fragen im Libanon überdecken diese Probleme aber nur die tiefergehenden sozialen und politischen Probleme. Der Staatspräsident Gemayel, der massive Unterstützung der USA erhält, setzt auch weiterhin auf die faschistischen Milizen der Falangisten. Diese haben schon angekündigt, „im übergeordneten Interesse der Christen" gegen die Drusen wiederum loszuschlagen.

Neue US-Militärhilfe für El Salvador

Schon in der ersten Runde scheiterte der Versuch der salvadorianischen revolutionären Oppositionsbewegung FDR mit Vertretern der Regierung zu reden. In der kolumbianischen Hauptstadt Bogota wollte man über die Beteiligung der FDR an den für März nächsten Jahres geplanten Wahlen reden und die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung der revolutionären Kräfte. Schon nach dreieinhalb Stunden endeten die Gespräche als gescheitert.

Die FDR hatte in ihrem Dialogvorschlag an die Regierung für die Gespräche in Bogota die Bildung einer provisorischen Regierung gefordert, an der die FDR zusammen mit den übrigen Parteien des Landes beteiligt wird. Die Regierung soll die Voraussetzungen zukünftiger freier Wahlen in El Salvador schaffen.

Nach dem kurzen Gespräch, bei dem diese Vorschläge kategorisch abgelehnt wurden, zeigte sich zwar die FDR an weiteren Gesprächen interessiert, lehnte es jedoch ab, schon allein für weitere Gespräche von der Regierung eingebrachte Vorbedingungen zu erfüllen. Mit dieser Taktik der Ablehnung und des Schaffens von Vorbedingungen hat die Regierung nunmehr den „schwarzen Peter" in der Hand, trägt für die weitere Entwicklung in El Salvador die Verantwortung. Die Entwicklung im Land wird zur Zeit vor allem von den militärischen Einheiten der Befreiungsarmee FMLN bestimmt. Nach internen Auseinandersetzungen gehen sie in einer neuen Offensive vor.

Der „taktische Rückzug", den die Guerillas angetreten hatten, ist jetzt nicht nur beendet, die neue Offensive macht es den Regierungstruppen und ihren US-Beratern schwerer als je zuvor, ihre Stellungen zu halten. Die FMLN hat jetzt gegen die Eliteeinheiten, die die USA in El Salvador aufbaut, besonders kampfstarke, gut ausgebildete Einheiten gestellt. Bekannt geworden ist besonders die Brigade „Rafael Arce Zablah", die im Osten des Landes, in der Provinz Morazan operiert.

Diese Einheit unter der Leitung des „Commandantes" Ana Guadalupe Martinez und Juan Ramon Medrano haben eine Kaserne in der Stadt San Miguel angegriffen. Diese Aktion hat Unruhe in der Armee geschaffen, die Armeeführung El Salvadors aufgeschreckt. Die gute Organisierung, die genauen Kenntnisse und die Kampfkraft dieser Einheit deutet auf eine große Verstärkung der Aufständischen hin.

Sie schlichen mit 700 Kämpfern unbemerkt in die Stadt, wurden von den Soldaten der Kaserne erst bemerkt, als sie praktisch schon in der Kaserne waren. Die „muchochos", wie die Guerillas im Volk genannt werden, überraschten Truppenteile in der Kaserne praktisch im Schlaf. Ein riesiges Chaos, Panik brach unter den Angegriffenen aus, der Oberst der Einheit mußte später zugeben, „wir wurden überrascht". Nach Angaben der FMLN verlor die Armee miten in der Stadt in ihrer eigenen Kaserne 200 Mann. Sogar die US-Berater wunderten sich. Der Angriff erfolgte genau zu einem Zeitpunkt, da die Armee aus dieser Kaserne 350 Soldaten zur Verstärkung in ein anderes Gebiet geschickt wurden. „Junge, haben die ein Nachrichtensystem", so ein US-Offizier gegenüber der Presse, „das ist um Klassen besser als das der Regierungstruppen."

Der Kommandant der FMLN im Osten El Salvadors, Joaquin Villalobos, kündigte nach dem Angriff auf San Miguel weitere Offensiven an: „San Miguel war der Anfang eines Abnutzungskrieges gegen die Armee. Wir haben alle unsere Einheiten angewiesen, keinen Kampf mehr aus dem Weg zu gehen". Mit der breiten Unterstützung, die FMLN und FDR im Volk genießen, ohne der diese Erfolge nicht möglich wären, gerät die Regierung in immer größere Schwierigkeiten.

Letztes Mittel der Regierung, wie schon so oft: verstärkte Hilfe aus den USA. Der Bewilligungsausschuß des Washingtoner Repräsentantenhauses hat für das neue Haushaltsjahr 64,8 Millionen Dollar an Militärhilfe für El Salvador genehmigt.



In die Offensive: die FMLN

Ein riskanter Balanceakt, bei dem der Absturz droht

Athen macht Außenpolitik für den Hausgebrauch. Von Gerd H...

der koreanischen Boeing eine Demonstration ihrer „multidimensionalen, nationalen ...ßenpolitik" vor. ... eine Ver... durch ... blockierte... verständni... aus. Außer... konstatiert... krise" in de... bei offenba...

Griechen sehen sich nicht an Außenpolitik der EG gebunden

Charalambopoulos will sich „Erpressung" nicht gefallen lassen

... 14. September (AP). ... der griechische ...

ATHEN (dpa). Schwere Vorwürfe erhob am Mittwoch die der sozialistischen griechischen Regierung nahestehende ... „Eleftheri Gnomi" gegen Gen... spricht von einer ... Treffen der ...

Griechenland als Störenfried

...echenland der sozialisti... ...terpräsident Andreas Pa... ...en, ist Athen in der Ge... ...n schwieriger ...

...scher) womöglich gar billigend in Kauf zu nehmen. Anfang dieser Woche sorgte Charalam...

In der vergangenen Woche berichteten wir in einem Beitrag eines griechischen Genossen unserer Partei über die Haltung der Regierung des Andrea Papandreou zur Frage der US-Stützpunkte in Griechenland. Die Regierung Papandreou, nach einem großen Wahlsieg der linken PASOK an die Macht gekommen, hat mit der Unterschrift unter das Abkommen feste Wahlversprechen gebrochen, hat keine Schritte unternommen, die US-Truppen endgültig aus Griechenland herauszubekommen. Nicht zuletzt deshalb betont die griechische Regierung jetzt wieder verstärkt ihre Unabhängigkeit. Dabei ist sie vor allem mit ihren Partnern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aneinandergeraten, eine wahre Hetzkampagne läuft gegen die griechische Regierung in der bürgerlichen Presse auch gerade in der Bundesrepublik.

Der Störenfried

„EG hat Problem mit den Griechen" (Frankfurter Rundschau), das ist noch sehr sachlich, die Kommentarüberschrift in der gleichen Zeitung lautet schon „Athener Eskapaden". Der sozialdemokratische „Vorwärts" macht so auf: „Ein riskanter Balanceakt, bei dem der Absturz droht" und die „Wirtschaftswoche" schreibt klar ihre Meinung: „Griechenland als Störenfried".

Warum sind sie alle so sauer? Weil die momentane griechische Haltung, die nicht alles und jedes unterschreibt, einige Dinge aufdeckt, die im Alltag der EG-Konferenzen so üblich sind.

Den meisten Ärger gab es um die Weigerung des griechischen Außenministers Yannis Charalambopoulos, der im zweiten Halbjahr 1983 die EG-Präsidentschaft übernommen hat, die US-Hetzkampagne gegen den Abschuß des koreanischen Jumbos einfach zu unterstützen. „Wir akzeptieren von nirgendwoher Druck oder Befehle oder Erpressungen. Wir bestimmen selbst über unsere Außenpolitik", so Charalambopoulos. Und so gab es, wie es hieß, ein „eisiges Klima" auf der Konferenz der EG-Außenminister, „unfreundlich, unfreundlicher als je eine Außenministerkonferenz zuvor", meinte ein Teilnehmer.

Zur „Verstimmung" trägt weiterhin der Vorschlag der griechischen Regierung bei, die gesamte Nachrüstung einfach erstmal um ein halbes Jahr zu verschieben. Die kalten Krieger, die Nachrüster in allen anderen westeuropäischen Hauptstädten sind sauer. Daß sich die Bonner Regierenden in der Hetze gegen Athen besonders hervortun, konnte man erwarten. Kanzler Kohl selbst war es, der dem griechischen Vizepräsidenten des Europaparlaments „rüpelhaftes Benehmen" vorwarf. Diese Frechheit blieb nicht unbeantwortet: Mit der Antwort „Sie sollten mehr Respekt vor dem griechischen Volk und seiner Regierung haben", erinnerte der PASOK-Abgeordnete Spiros Plaskovitis an die 500000 Toten die Griechenland im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte.

Und zuletzt regte man sich in Bonn auf, als wenige Tage nach dem Tod Kemal Altuns die griechische Botschaft ein Memorandum übermittelte, in dem sie mit dem Hinweis, daß während der von den USA unterstützen Militärdiktatur in Griechenland viele heutige Regierungsmitglieder Asylsuchende waren, größte Bedenken gegen die Asylantenpolitik der Bonner Regierung äußerte.

Bonn verbat sich die „Einmischung in innere Angelegenheiten" und wies das Papier zurück. So gesehen, finden wir die griechische Regierung als angenehmen Störenfried in Westeuropa.

Konzertverbot in München

Peter Tosh's Auftritt verboten

„Vorbeugung gegen Rauschgiftdelikte"

MÜNCHEN. — Das städtische Kreisverwaltungsreferat hat ein Konzert des schwarzen Reggae-Musikers Peter Tosh verboten. Das Konzert, das am 18. Oktober im festen Gebäude des Zirkus Krone stattfinden sollte sei, so die offizielle Begründung, wie die meisten Pop-Veranstaltungen „Grundsätzlich" (...) „ideale Tamplätze für den Drogenhandel"

Im Verlauf des Konzertes, so die Behörde, könne es zu Rauschgiftdelikten kommen. Gerade in Konzerten von Peter Tosh sei im Publikum ein besonders großer Anteil von Drogengefährdeten- und -abhängigen. Selbst das bayerische Landeskriminalamt wurde zur Begründung des Verbots um Argumentationshilfe gebeten.

Der Konzertveranstalter Peter Rieger aus Köln spricht zu Recht von Zensur und von einer „bis heute in der Bundesrepublik einmaligen Angelegenheit".

Haarsträubend sind dann auch die weitergehenden Vorwürfe gegen Peter Tosh. Er habe schon vor zwei Jahren während eines Konzerts scheinbare „Rauschgiftbriefchen" (Inhalt: Zucker und ein Button!) ins Publikum geworfen. Dem Sänger aus der Karibik, Anhänger des Rasta-Kultes wird ferner vorgeworfen, trotz Verbot, das für eine Legalisierung von Marihuana werbende Lied „Legalize it" gesungen zu haben. Schließlich sei von der Polizei anläßlich des letzten Konzerts 1981 „eine Fülle von schweren Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz" und Konsum und Handel von Drogen registriert worden.

Der Veranstalter, so die Behörde weiter, biete keine Garantie für „Art der Darbietung und deren Inhalt" während des Konzerts.

Wer nun glaubt, da hätte irgendein kleinkarierter Kreisverwaltungsreferent zu übereifrig gearbeitet, der muß sich getäuscht sehen. Denn in Münchens „oberen Kreisen" hat diese Entscheidung großen Beifall gefunden. So ist der Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler (CSU), bekannt für seine Law-and-Order-Aktionen. Gauweiler möchte gern Münchens Fußgängerzone von Musikern, „Pennern und sozial lästigen Personen" sauberhalten und ist ab und zu auch schon handgreiflich selber eingeschritten. Schützenhilfe erhält der Mann von Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesl, der vor dem „fatalen Irrtum" warnte, „Liberalität und Weltoffenheit mit Gleichgültigkeit zu verwechseln".

Und es gibt noch einige Freunde der Verbotsentscheidung in der bayerischen Hauptstadt. Der katholische Prälat Curt M. Genewein dazu: „Diskussion über die Freiheit der Kunst oder über Zensur dürfen im Blick auf die reale Situation der in die Drogenszene verstrickten Menschen durchaus als nachgeordnet angesehen werden." Und lauthals dabei, der Vorsitzende der Jungen Union in Bayern, das CSU-Mitglied im Landtag Alfred Sauter: „Bei Liedern, die als Aufruf zum Drogenkonsum zu werten sind, müsse der sogenannten künstlerischen Freiheit ein Riegel vorgeschoben werden."

Wie wär es denn, wenn der Brauchtumspflege im Falle des Münchner Oktoberfestes wegen massenweisen Alkoholmißbrauch auch ein Riegel vorgeschoben würde, Herr Sauter?

Die Buchmesse in Frankfurt wirft ihre Schatten voraus...

(12. — 17. Oktober Frankfurt Messegelände)

SAUER UND TROCKEN STIESS ES IHM AUF, ER STÖHNTE VOM WILDEN SCHMERZ...

ER WOLLTE SICH HERUMWERFEN – ABER KRÄFTE VERSAGTEN SEIN KREISLAUF KOLLABIERTE, IHM SCHWANDEN DIE SINNE ZUVOR...

...ZOG JEDOCH NOCHEINMAL SEIN KURZES GLÜCKLICHES LEBEN AN SEINEM INNEREN AUGE VORBEI, IHM FRÖSTELTE, WÄHREND ER SCHWITZTE

ER NADELTE NOCH EINMAL KURZ UND STÜRZTE KRACHEND ZU BODEN: DER BAUM – WAR TOT!

SOLCHE ROMANE KOMMEN TÄGLICH: WIR HATTEN MEHR AN EIN SACHBUCH ÜBER DAS WALDSTERBEN GEDACHT!

Essen — Zentrum Zeche Carl

„Denkmalschutz ist uns hier in erster Linie auch Schutz der Menschen, die diese Gebäude beleben"

Denkmalschutzpreis abgelehnt

Schon lange macht die „Initiative Zentrum Zeche Carl" in Essen gute, fortschrittliche Arbeit in einem alten Industriegebäudekomplex. Jugend- und Friedensarbeit, mit deutschen und ausländischen Besuchern — das alles wurde lange Zeit von der Stadt, von Land und Bund sehr skeptisch betrachtet.

Jetzt wollte man die Arbeit der Initiative vereinnahmen mit dem Denkmalschutzpreis des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz.

Die Initiative lehnte ab. Die Vorsitzenden des Trägervereins des Projekts schrieben folgenden offenen Brief zur Erläuterung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir fühlen uns in unserem Kampf um die Gebäude der Zeche Carl und die vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten, die diese Zeche bietet, durch die Zuerkennung des "Deutschen Preises für Denkmalschutz" bestätigt. Die Gebäude waren für uns nie Selbstzweck sondern immer Arbeitsmittel mit einer besonderen historischen Identität und Verpflichtung. Seit die Gebäude allgemein als Kulturdenkmel anerkannt sind, steht die Arbeit mit den Menschen hier im Vordergrund.

Denkmalschutz ist uns hier in erster Linie auch Schutz der Menschen, die diese Gebäude beleben.

Als wir dem Komitee Unterlagen für die Auswahl der Preisträger zur Verfügung stellten, gingen wir davon aus, daß dieses Gremium regierungsunabhängig entscheidet, mußten jetzt aber feststellen, daß auch das Innenministerium an der Preisverleihung beteiligt ist. Die Arbeit dieser Regierung und zumal des Innenministeriums ist aber in vielen wesentlichen Punkten der Zielrichtung unserer Arbeit vollkommen entgegengesetzt.

Dies veranlaßt uns, diesen Preis nicht anzunehmen.

Wir machen in der Zeche Carl z.B. Arbeit mit ausländischen Kindern, Jugendlichen und, wenn wir sie erreichen, auch Erwachsenen.

Die Regierung, die uns die o.g. Auszeichnung verleihen will, beschränkt dagegen den Nachzug von Ausländerkindern, verweigert Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitsmöglichkeiten. Dem Innenminister ist das gute Einvernehmen mit der türkischen Polizei wichtiger als die leibliche und seelische Unversehrtheit von Asylbewerbern.

Wir machen Arbeit mit Jugendlichen, denen die Regierung, die uns auszeichnen will, zwar ein Wahlversprechen über Ausbildungsplätze undArbeit gegeben hat, die dieses aber nicht einhält.

Wir machen Friedensarbeit in einem Gebäude, das von der UNESCO unter Schutz auch für den Kriegsfall gestellt wurde, während die Regierung, die uns auszeichnen will, eine wahnwitzige Rüstungspolitik mitbetreibt, die diesen Schutz ad absurdum führt.

Wir versuchen Sozialarbeit zu betreiben, während gleichzeitig diese Regierung Abbau sozialer Leistungen auf allen Ebenen betreibt.

Wir arbeiten mit Kindern und Müttern, während gleichzeitig diese Regierung Mutter- und Kinderschutz verschlechtert.

Wir erhalten mit unserer Arbeit eine Zeche, die einen hohen Symbolwert für den Bergbau an der Ruhr hat und sehen gleichzeitig, daß diese Regierung auf die gegenwärtige Kohlenkrise nicht anders reagieren will als in den 60er Jahren, nämlich durch ein Zechensterben.

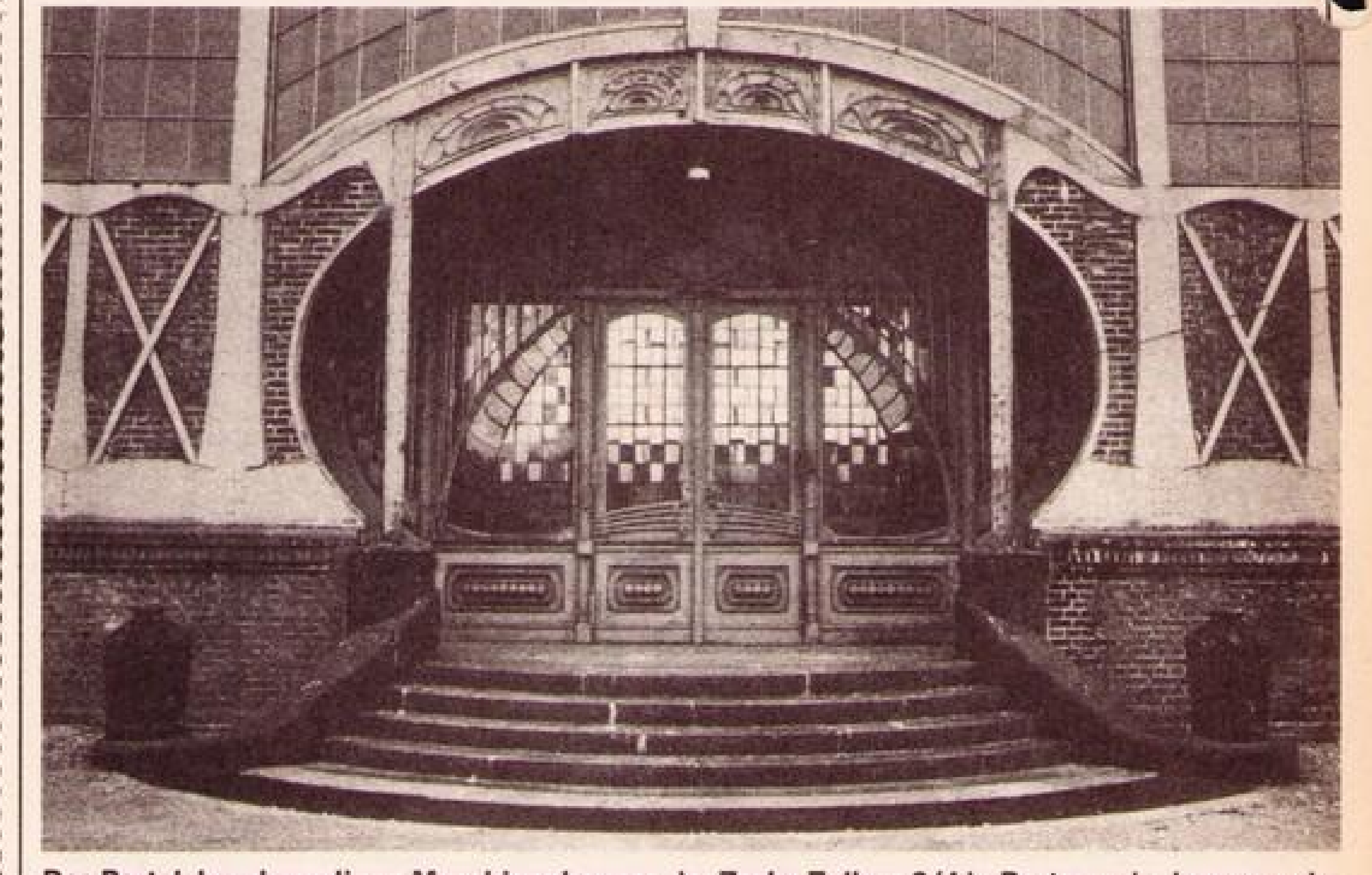
Wir versuchen ein Ort der Meinungsfreiheit (auch der kulturellen) zu sein, während diese Regierung z.B. bei der Filmförderung Zensur betreibt.

Auf unsere Situation hier in Essen bezogen befürchten wir auch, daß der allgemeinen desolaten Situation der Denkmalspflege in dieser Stadt — und darüber hinaus — ein falsches Glanzlicht aufgesetzt wird und ein Alibi gegeben wird für weiteren, wenig pfleglichen Umgang mit Denkmalen gerade der Industriegeschichte.

Auch kommen wir nicht daran vorbei, wenn es sich um Denkmalschutz handelt, den Umgang mit den Problemen „Hausbesetzung", Zerstörung von Wohnraum zu erwähnen und auf die Widersprüchlichkeit hinzuweisen (verstärkte Räumung von Häusern in der letzten Zeit, Kaputtsanierung alter Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet).

Wir lassen uns auch nicht als Alibi für die Regierung gegen andere Initiativen, Gruppen oder Einzelpersonen ausspielen, die ähnliche soziale, politische und kulturelle Zielvorstellungen vertreten aber nicht geehrt, sondern boykottiert, totgeschwiegen oder gar kriminalisiert werden. (Bo-Fabrik Bochum, Komm Nürnberg, Heidehof Dortmund etc.)

Wir danken allen, die uns für die Preisverleihung vorgeschlagen haben und damit zu erkennen gegeben haben, daß sie unsere Arbeit für wichtig und gut halten. Wir hoffen auf Ihr Verständnis für unsere ablehnende Haltung.



Das Portal des ehemaligen Maschinenhauses der Zeche Zollern 2/4 in Dortmund, eines von vielen unter Denkmalschutz stehenden alten Industriegebäuden. Ein soziales Projekt in einem ähnlichen Gebäude wehrt sich jetzt gegen Ehre aus Bonn.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.